

liberal

DEBATTEN ZUR FREIHEIT

1.2016
www.libmag.de
2,90 EURO

SCHWERPUNKT:

PROBLEMZONE INFRASTRUKTUR

AUSSERDEM BEITRÄGE VON:

WLADIMIR KAMINER, JAN FLEISCHHAUER,
WOLFGANG SOFSKY, RONJA VON RÖNNE

INTERVIEW MIT CHRISTIAN LINDNER

„SIE HASSEN UNSERE FREIHEIT“

DER FDP-BUNDESVORSITZENDE ÜBER DEN
TERROR IN PARIS, DIE FLÜCHTLINGSFRAGE UND
INVESTITIONEN ALS CHANCE FÜR DIE ZUKUNFT



4 198256 002902 01



„LIBERAL IST
DAS MAGAZIN
FÜR SELBSTDENKER.
ES BEKENNT SICH ZU
FREIHEIT, FAIRNESS
UND FORTSCHRITT.“

WOLFGANG GERHARDT

Herausgeber liberal

liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kammerer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Terry Pratchett, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Kostenfrei abonnieren

Erscheint **6x im Jahr**



Online-Bestellung
www.libmag.de/abo

Auch als **kostenfreie APP**

liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT



1.2016
www.libmag.de
2,90 EURO



KIRSTIN HÄRTIG
GESAMTLEITUNG

Wo wir waren und was wir taten, als am 11. September 2001 die Terroristen von Al Qaida die USA attackierten, daran erinnern wir uns auch eineinhalb Jahrzehnte später noch. Gut möglich, dass Freitag, der 13. November 2015, sich nun ähnlich tief zumindest ins kollektive Gedächtnis Europas einbrennen wird. Für manchen ist „nach Paris“ bereits alles anders. Doch bei aller Trauer, Betroffenheit und, ja, auch Wut über die Gräueltaten sollten wir uns eines bewahren: den kühlen, rationalen Kopf.

Gleichsam darf die Antwort auf 11/13 nicht Nichtstun lauten. Albert Einstein bemerkte einst treffend, dass die Welt nicht von denen bedroht wird, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen. Wie aber halten es Liberale mit dem höchsten Gut, der Freiheit, in Zeiten des Terrors, der uns nun sehr viel unmittelbarer als noch vor wenigen Wochen betrifft? „Es gibt ein bedenkliches Auseinanderklaffen zwischen der außenpolitischen Herausforderung Deutschlands und der innenpolitischen Debatte darüber“, konstatiert Wolfgang Gerhardt in seinem Essay. Gerhardt fordert von allen, denen die Freiheit nicht nur in Sonntagsreden am Herzen liegt, vor allem eines: mehr Standhaftigkeit. „Es gibt viele Lippenbekenntnisse zu unserer Werteordnung, aber keine wirkliche, durchgängig argumentative Verteidigung, wenn es unangenehm wird.“ Das, was frei-

heitliche Gesellschaften im Kern ausmache, müsse nach den Verbrechen in Paris wieder deutlich werden.

Christian Lindner will genau diese Diskussion über die gefährdete Freiheit im Interview mit *liberal* anschieben und fordert wie Gerhardt, „wir sollten den Mut und die Kraft finden, uns zu unserer Freiheit und der inneren Liberalität unserer Gesellschaft neu zu bekennen“. Beim anderen dominierenden außenpolitischen Thema, der Flüchtlingskrise, wirbt der FDP-Bundesvorsitzende vehement für ein liberales Einwanderungsgesetz und stellt klar: „Das Asylrecht ist kein Ersatz für ein Einwanderungsgesetz.“ Aus gegebenem traurigem Anlass stehen die Anschläge in Paris und die Flüchtlingsproblematik im Mittelpunkt des Interviews.

Doch zugleich richtet Christian Lindner im Vorfeld der anstehenden Landtagswahlen im neuen Jahr das Augenmerk auf drängende, oft über Jahre verschleppte und verschluderte innenpolitische Themen: die verheerenden finanzpolitischen Folgen der Rente mit 63 („Stilllegungsprämie für erfahrene Fachkräfte“), Steuern („nichts passiert“) oder unseren aktuellen Heftschwerpunkt Infrastruktur in Deutschland („bedauernswerter Zustand“). ●

*the
Kirstin Härtig*

STANDARDS

3

EDITORIAL

4

INHALT/IMPRESSUM

28

ZENTRALMOTIV 
Brücke ohne Wert



30

FUNDSTÜCK

30

WUTPROBE
Mündelsicher

31

AUTOREN DER FREIHEIT
Joachim Huber

40

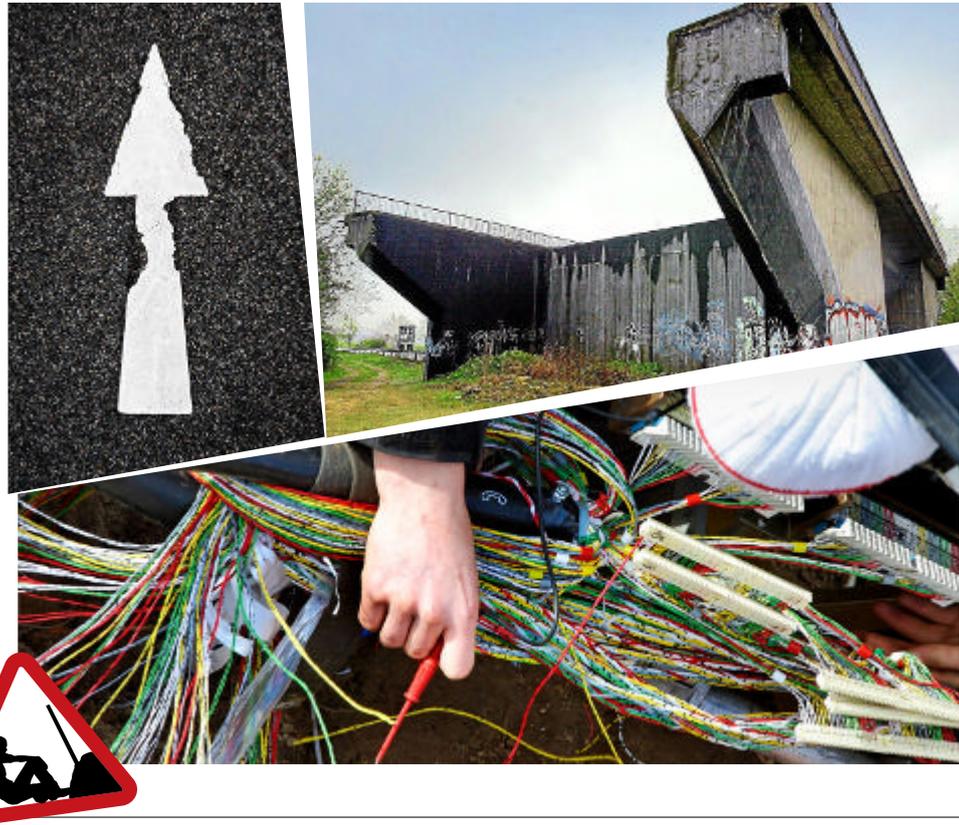
MIERSCHS MYTHEN
Ist die Sonne
jetzt rechts?

50

BÜCHER

54

ZITATE DER FREIHEIT
Ronja von Rönne



SCHWERPUNKT

Problemzone Infrastruktur

Moderne Verkehrswege und schnelle Anbindungen – die Infrastruktur war einmal ein wichtiger Standortvorteil Deutschlands. Doch das einstige Rückgrat der Industrie ist längst zu einer großflächigen Problemzone geworden und bedarf dringend einer Generalüberholung. Doch dabei hakt es an allen Ecken und Enden. *liberal* legt den Finger in die Wunde und zeigt Auswege aus der Krise.

22

DIE KRUX MIT DER PLANUNG 

Dieter Posch, früherer Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung in Hessen, über Investitionsstau, Bürgerbeteiligung und Public-Private-Partnerships.

VON BORIS EICHLER

24

INTERNATIONAL ÜBERHOLT

Längst machen andere Staaten Deutschland vor, warum sich Investitionen in die Infrastruktur der Zukunft lohnen.

26

UDSSR VS. BRD

Züge, von denen nicht einmal der Lokführer weiß, wo sie halten werden, und überdimensionale Pfützen, in denen ganze Autos verschwinden – so war das in der UdSSR. Und Deutschland? Deutschland ist eine Baustelle, sagt Wladimir Kaminer, der es wissen muss, denn er kennt beide Welten.

VON WLADIMIR KAMINER

APP-VERSION

liberal ist auch als iPad- und Androidversion erhältlich und enthält multimediales Zusatzmaterial:

 Audio

 Bildergalerie  Link

 Leseprobe  Video



6 FREIHEITSBEKENNTNIS

FDP-Chef Lindner im Interview.

VON BORIS EICHLER

12 STIMMUNGSWANDEL

Warum keine andere Partei die FDP beerben kann.

VON JAN FLEISCHHAUER

14 UNTERWEGS

Über die Motive der Flüchtlinge.

VON WOLFGANG SOFSKY

18 KIRON ALS CHANCE

Wie eine Online-Uni Flüchtlingen hilft.

VON FELIX S. SCHULZ

20 LAUSCHANGRIFF ABGEWEHRT

Sabine Leutheusser-Schnarrenbergers große Stunde.

VON EWALD GROTHE



32 UNTERNEHMEN KLOSTER

Wie die Benediktinerabtei St. Bonifaz das Kloster Andechs auf Erfolg trimmt und dabei stets im Blick hat, glaubwürdig zu bleiben.

VON CHRISTINE MATTAUCH

38 EUCKEN IST MODERN

Als Leiter des Walter Eucken Instituts spricht Lars Feld mit *liberal* über den Mindestlohn, die Kanzlerin und die Liberalen in den USA.

VON CHRISTINE MATTAUCH



42 60 JAHRE POLIO-IMPfung

Der erfolgreiche Kampf des US-Forschers Jonas Salk gegen die Kinderlähmung ist ein Beispiel für liberale Tugenden.

VON ANDREAS SPIEGELHAUER

46 SCHMUGGLER DER FREIHEIT

Heiße Ware USB-Sticks: Wie Kang Chol-Hwan Nordkorea befreien will.

VON JAN-PHILIPP HEIN

48 FREIHEITSFILME

Bogie als Freiheitskämpfer und fünf weitere Filmtipps für Cineasten.

VON ULRICH KRIEST

52 DIE NEUE UNÜBERSICHTLICHKEIT

Was Freiheit in Zeiten von Terror, Flüchtlingsströmen und Angst bedeutet.

VON WOLFGANG GERHARDT

liberal • Debatten zur Freiheit. Das Magazin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin
Telefon 030/28 87 78 59, Fax 030/28 87 78 49
www.libmag.de

Kontakt: leserbriefe@libmag.de; abo@libmag.de, redaktion@libmag.de

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Gesamtleitung: Kirstin Härtig

Redaktion Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit:

David Harnasch (Chefredakteur, v.i.S.d.P.), Boris Eichler (Chef vom Dienst), Thomas Volkmann

Autoren dieser Ausgabe: Gérard Bökenkamp, Boris Eichler, Jan Fleischhauer, Wolfgang Gerhardt, Ewald Grothe, Kirstin Härtig, David Harnasch, Jan-Philipp Hein, Joachim Huber, Wladimir Kaminer, Ulrich Kriest, Christine Mattauch, Michael Miersch, Ronja von Rönne, Felix S. Schulz, Wolfgang Sofsky, Andreas Spiegelhauer

Gesamtherstellung:

corps. Corporate Publishing Services GmbH, ein Unternehmen der Verlagsgruppe Handelsblatt
Kasernenstraße 69, 40213 Düsseldorf
Tel. 0211/542 27-700, Fax 0211/542 27-722
www.corps-verlag.de

Verlagsgeschäftsführung:

Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe

Redaktionsleitung: Mirko Hackmann

Gestaltung: Ernst Merheim (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion), Werner Schuering (Titelbild)

Objektleitung: Jana Teimann

Anzeigen:

Tatjana Moos-Kampermann, Tel. 0211/542 27-671,

tatjana.moos-kampermann@corps-verlag.de (Leitung), Georgios Giavanoglou, Tel. 0211/542 27-663, georgios.giavanoglou@corps-verlag.de (Anzeigen-Marketing), Christine Wiechert, Tel. 0211/542 27-672, christine.wiechert@corps-verlag.de (Disposition)

Litho: TiMe GmbH

Druck:

Bechtle Druck & Service GmbH & Co. KG
Zeppelinstraße 116, 73730 Esslingen

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Vertrieb: DPV Network GmbH www.dpv.de

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement: alles dazu auf Seite 2

„Sie hassen unsere Freiheit“

Der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner spricht im *liberal*-Interview über die Folgen der Terroranschläge von Paris, über die inneren und äußeren Feinde der Freiheit und über Lösungen für die Flüchtlingskrise. Er hält es für wichtig, „dass wir jetzt umso entschiedener zu unseren Überzeugungen stehen“.

// INTERVIEW // **BORIS EICHLER** // FOTOS // **WERNER SCHUERING**

Herr Lindner, Deutschland hat viele Jahre gebraucht, um für sein Afghanistan-Engagement das Wort „Krieg“ in den Mund zu nehmen. Nach den Anschlägen von Paris hingegen war das Wort „Krieg“ umgehend in aller Munde. Befinden wir uns im Kriegszustand?

Nein, denn in Paris hatten wir es mit Mördern zu tun und nicht mit Soldaten. Diese Terroristen greifen unsere westliche Lebensart an. Sie hassen unsere Freiheit, Demokratie und die offene Gesellschaft. Dabei schrecken sie nicht vor Morden an Unschuldigen und Unbewaffneten zurück. Wir müssen uns gegen islamistische Sekten zur Wehr setzen.

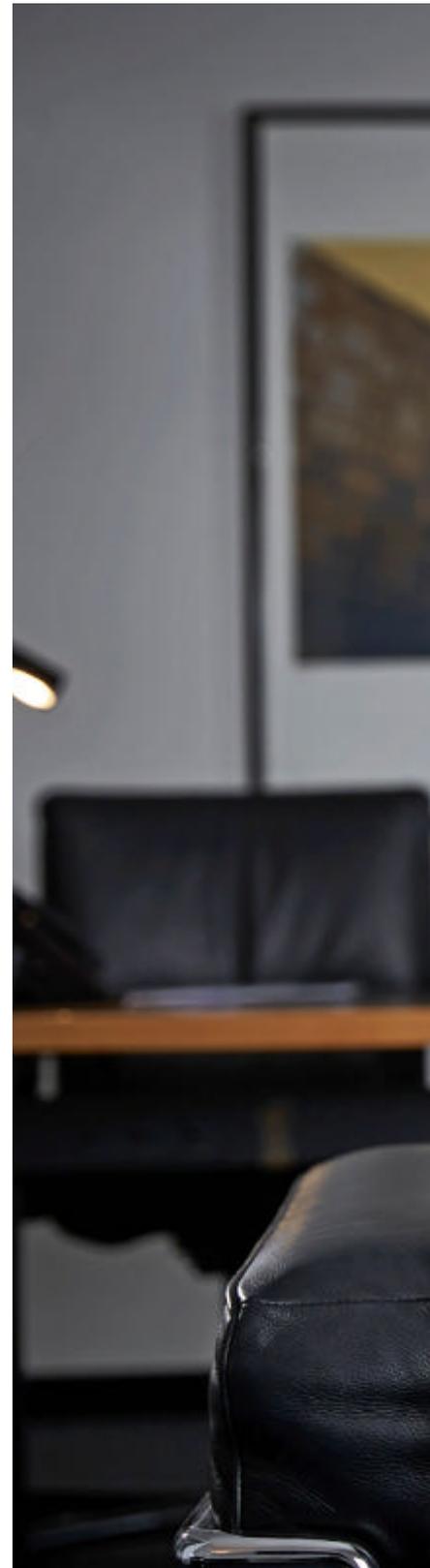
Die Terroristen hassen unsere Freiheit zutiefst. Aber wie ist es um unsere Liebe zur Freiheit bestellt?

Der Kern unserer westlichen Lebensart ist das Vertrauen in den einzelnen Menschen, in seine Eigenverantwortung, seine Aufgeklär-

heit, seine Vernunft. Aber in der Praxis schätzen wir diese Werte zu gering und konterkarieren sie geradezu. Die massive Bürokratisierung unseres Alltagslebens ersetzt klare rechtsstaatliche Regeln. Mit immer mehr staatlichen Eingriffen fummelt die Politik in unserem Wirtschaftsleben herum – und richtet oft Schaden an. Und die Toleranz und Offenheit im Umgang untereinander droht durch Ängstlichkeit und Ressentiments untergraben zu werden.

Welche Konsequenzen ziehen wir daraus?

Wenn Terroristen die Grundlagen unserer Gesellschaft angreifen – wann, wenn nicht dann, sollten wir den Mut und die Kraft finden, uns zu unserer Freiheit und der inneren Liberalität unserer Gesellschaft neu zu bekennen? Jenen, die unsere Lebensart bekämpfen, stellen wir entgegen, dass wir jetzt umso entschiedener zu unseren Überzeugungen stehen. »





ZUR PERSON

CHRISTIAN LINDNER, geboren 1979, studierte Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Philosophie in Bonn. Selbstständiger Unternehmer von 1997 bis 2004. Landtagsabgeordneter in NRW von 2000 bis 2009 sowie seit 2012. Generalsekretär des Landesverbandes der FDP von 2004 bis 2012 sowie des Bundesverbandes von 2009 bis 2011. Seit 2012 Vorsitzender des Landesverbands und der Landtagsfraktion der FDP, seit 2013 Bundesvorsitzender der FDP.

Gehört dazu nicht auch ein allgemeines verbales Abrüsten, zum Beispiel in den sozialen Medien? Dort bedienen sich inzwischen viele, vor allem aus der Pegida-Ecke, einer hasserfüllten Sprache, die sich nicht wesentlich von jener der Terroristen unterscheidet ...

Die Angriffe auf unsere Freiheit kommen von verschiedenen Seiten: von außen durch Terrorismus, aber auch autoritäre Regime. Von innen durch die Verrohung unserer Debattenkultur. Dabei sind gerade jene, die vor der vermeintlichen Islamisierung des Abendlandes warnen – das tragen die Pegida-Leute ja im Namen –, die schlechtesten Verteidiger unserer Freiheit. Sie verstehen anscheinend nicht, was Aufklärung im Sinne Kants oder Lessings Ringparabel bedeuten. Wir werden auf keine der aktuellen Bedrohungen der Freiheit mit neuen Ressentiments oder der Abschottung unserer Gesellschaft antworten. Das käme ja der Preisgabe unserer Freiheit gleich.

Muss es nach den Anschlägen der jüngsten Zeit eine weltweite Allianz gegen den Terror geben? Zum Beispiel mit Russland, was angesichts der Entwicklung im Land einem moralischen Spagat gleichkäme ...

Zunächst muss der Westen, also Europa und die USA, selbst zu mehr Einigkeit gelangen. Und wir müssen unsere europäischen Grundwerte stärken. Denn wenn wir die Entwicklungen in Polen, Ungarn und Griechenland sehen, gibt das Anlass zur Sorge. Europa muss sich zu Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und marktwirtschaftlicher Ordnung bekennen. Und wir brauchen in der Tat einen Neubeginn des Verhältnisses zu Russland, das im Kampf gegen den Terrorismus wichtiger Partner sein kann. Das bedeutet nicht, zu akzeptieren, dass Wladimir Putin eine neoimperiale Politik



„Wir könnten die Idee eines Freihandels von Vancouver bis Wladiwostok wiederbeleben.“

betreibt, indem er das Selbstbestimmungsrecht von Staaten wie der Ukraine einschränkt. Aber wir müssen zu einem Dialog zurückfinden.

Das dürfte nicht einfach sein, der Westen müsste auf Putin zugehen ...

Wer sich eine Veränderung der russischen Politik wünscht, wird die nicht erreichen,

indem er versucht, dem russischen Präsidenten einen Gesichtverlust beizufügen. Wir sollten mittels neuer Angebote an Russland eine Einladung zur Rückkehr ins europäische Haus aussprechen – bei voller Geltung der Hausordnung. Wir könnten die Idee eines Freihandels von Vancouver bis Wladiwostok wiederbeleben.

Die Zersplitterung Europas zeigt sich augenfällig im Umgang mit der Flüchtlingsfrage. Zunächst einmal müsste es Sie als Liberalen jedoch freuen, dass hierzulande weniger der Staat als die Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Herausforderung beiträgt.

Das bürgerschaftliche Engagement und das Improvisationsvermögen in den Kommunen beeindruckt uns alle. Aber das anhaltende Staatsversagen in der Flüchtlingskrise kann nicht auf Dauer aus der Mitte der Gesellschaft heraus kompensiert werden. Wir brauchen eine gemeinsame und abgestimmte Flüchtlings- und Asylpolitik in Europa. Als Europäer sollten wir uns auch gemeinsam darum bemühen, die Lage der Flüchtlinge in

der Türkei, in Syrien, dem Libanon und in Jordanien zu verbessern. Nur so lässt sich die enorme Sogwirkung insbesondere nach Deutschland mindern. Und wir müssen in Deutschland wieder zu einer konsequenten Anwendung des Rechts gelangen ...

... das Einwanderung aber im Prinzip nicht kennt.

Leider ja. Deutschland braucht ein liberales Einwanderungsgesetz. Wir unterscheiden jedoch zwischen humanitären Verpflichtungen einerseits und unseren berechtigten Interessen bei der Zuwanderung in den Arbeitsmarkt andererseits. In der gegenwärtigen Debatte wird beides vermengt. Das Asylrecht ist aber kein Ersatz für ein Einwanderungsgesetz.

Sie plädieren für ein Modell analog zum Umgang mit den bosnischen Flüchtlingen in den 1990er-Jahren. Was bedeutet, dass Flüchtlinge wieder in ihre Heimat zurückkehren werden, sobald das möglich ist. Das wird zu Härtefällen führen, gerade unter jenen, die sich besonders gut integriert haben. Findet das in Ihrem Modell Berücksichtigung?

Menschen, die vor Bomben und Kriegsfolgen flüchten, genießen humanitären Schutz bei uns. Wir schlagen vor, eine Möglichkeit des europäischen Rechts in Deutschland zu aktivieren, die für den Fall eines Massenzustroms gilt, wie wir ihn ja gerade erleben. Sie sieht ohne langwieriges Asylverfahren die sofortige Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung sowie den zügigen Beginn von Integrations- und Fördermaßnahmen vor – aber eben nur solange die Bedrohung anhält. Der Fehler in den 1990er-Jahren war, dass es nach zum Teil langwierigen Verfahren den Aufenthaltsstatus der Duldung gab und dass Menschen ohne legale Einwanderungsperspektive dann irgendwann zurück-

„Unsere Forderung ist, nicht irgendwann, sondern jetzt zu einem Einwanderungsrecht zu kommen.“

geschickt wurden. Jetzt müssen wir beides kombinieren: sofortigen, unbürokratischen und humanitären Schutz, dazu gute Integrationsmaßnahmen. Denjenigen, die nach Wegfall der Bedrohung bei uns bleiben wollen und integrationsbereit oder integriert sind, sollten wir Möglichkeiten eröffnen.

Das war schon seinerzeit die FDP-Position ...

Ja, 1997 hat Peter Caesar, der damalige liberale Justizminister von Rheinland-Pfalz, den Entwurf eines Einwanderungsgesetzes in den Bundesrat eingebracht, der aber gescheitert ist. Jetzt hätten wir die historische Gelegenheit, dieses Defizit zu beseitigen. Doch die Große Koalition bleibt in dieser Frage untätig. Unsere Forderung ist, nicht irgendwann, sondern jetzt zu einem neuen Einwanderungsrecht zu kommen. Nach Vorbild etwa Kanadas würde es legale Möglichkeiten der Zuwanderung nach Deutschland eröffnen und den Menschen, die bereits hier sind, eine Perspektive verschaffen – und zwar unabhängig von ihrer Bedrohung. Maßgeblich wären die jeweilige Qualifikation, die Bereitschaft, sich zu integrieren

sowie unsere wohlverstandenen Eigeninteressen. Deutschland ist auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen.

So unkompliziert die Zivilgesellschaft die erste Not der Flüchtlinge lindern konnte, so schwierig wird es für den Staat sein, Wohnraum für sie zu schaffen und Plätze in Schulen bereitzustellen ...

Die Bundeskanzlerin hat ja von deutscher Flexibilität gesprochen. Das darf aber nicht allein auf die Verwaltungsverfahren beschränkt sein. Wir sollten das in einem umfassenden Sinne ernst nehmen. Wenn wir uns mehr Flexibilität und Eigeninitiative eröffnen, profitieren davon nicht nur Zuwanderer, sondern wir alle.

Wir befassen uns in dieser Ausgabe intensiv mit der Infrastruktur in Deutschland. Oder, böse formuliert, mit dem, was davon übrig ist. Fest steht: Hier ist viel verbummelt worden. Ein Thema für die FDP?

Allerdings, und dies nicht allein in Bezug auf die Verkehrsinfrastruktur. Straßen sowie Schienen- und Wasserwege sind in einem bedauernswerten Zustand. Ich bin wegen der anstehenden Landtagswahlen gegenwärtig viel in Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Baden-Württemberg unterwegs. Es geht auch um unsere Zukunftsstruktur: die digitalen Netze. Wer in Stuttgart landet und nach Heilbronn mit dem Auto fährt, wird nicht ohne Unterbrechung telefonieren können. Durch die Digitalisierung ist eine fundamentale Veränderung der globalen Wirtschaftsordnung im Gange. Davon ist auch der Weltmarktführer auf der Schwäbischen Alb betroffen. Wenn der keinen Zugang zu den weltweiten Marktplätzen hat, wenn wir als Privatanutzer keinen Zugang haben zu den neuen Plätzen der Meinungsbildung, werden wir abgehängt. Diese infra- ➤

strukturelle Schlüsselaufgabe ist in den öffentlichen Haushalten noch nicht ausreichend abgebildet.

Die Investitionsquoten sinken, es gibt viele bürokratische Hemmnisse – zum Beispiel für öffentlich-private Partnerschaften ...

Wir könnten in der Tat mehr privates Kapital für Investitionen in die Infrastruktur mobilisieren. Mein konkreter Vorschlag: Bei den Lebensversicherungen oder Versorgungswerken sind etwa zwei Billionen Euro hinterlegt. Aufgrund der staatlichen Anlagebestimmungen fließt dieses Geld überwiegend in Beton oder in Staatsanleihen. Jene werden immer noch privilegiert als angeblich risikolos, obwohl im Zuge der Eurokrise niemand mehr davon ausgehen kann. Das Motiv dafür liegt auf der Hand: Die Politik will weiter Wohltaten auf Pump finanzieren. Wie wäre es aber, wenn dieses Anlagekapital in der Größenordnung von nur ein oder zwei Prozent in rentierliche Infrastrukturmaßnahmen oder hochinnovative Start-up-Unternehmen flösse? Wir reden hier von 20 bis 40 Milliarden Euro im Jahr, also von einem richtigen Investitionsschub zum Vorteil der



Viel zu besprechen: Boris Eichler (links), CvD von liberal traf FDP-Chef Christian Lindner in Berlin.

„Die Rente mit 63 einzuführen war ein schwerer Fehler. Sie ist eine Stilllegungsprämie für erfahrene Fachkräfte.“

Volkswirtschaft, aber auch zum Vorteil jener Sparer, die aktuell unter den künstlich niedrigen Zinsen leiden.

Zu den von Ihnen angedeuteten Wohltaten gehört die Rente mit 63 – wenige profitieren heute davon, künftige Generationen gar nicht. Die Babyboomer-Generation wurde aufgefordert, fürs Alter anzusparen. Nun fragt sie sich, wie das ohne Zinsen gehen soll. Ist dieses Missverhältnis noch reparabel?

Die Rente mit 63 einzuführen war ein schwerer Fehler. Sie ist eine Stilllegungsprämie für erfahrene Fachkräfte. Und sie ist ungerecht, denn es profitiert nur eine Generation. Es zahlen die Jüngeren und übrigens auch die heutigen Rentner, weil deren Rentensteigerungen geringer ausfallen, als das sonst der Fall wäre. Wir müssen die Altersvorsorge auf eine andere Basis stellen.

Also auf an die Börse?

Es geht vor allem um Flexibilität. An die Stelle des starren Renteneintrittsalters sollten maßgeschneiderte Lösungen für den

Einzelnen treten. Die Möglichkeit, selbst den Zeitpunkt des Renteneintritts zu wählen, würde der Individualität der Menschen gerecht werden. Wer von seiner Altersvorsorge leben kann, der sollte frei über seinen Ruhestandseintritt entscheiden können: mit mathematisch exakten Abschlägen, ohne Bürokratie und ab einem gewissen Zeitpunkt mit an den Arbeitnehmer ausgezahlten Arbeitgeberanteilen für die Arbeitslosen- und Rentenversicherung. Warum schaffen wir nicht mehr Selbstbestimmung?

Darf man mit einem FDP-Vorsitzenden noch über das Thema Steuern sprechen?

Das muss man sogar! Denn obwohl es dringend nötig wäre, will außer der FDP das Thema niemand mehr ansprechen. Warum? Weil die niedrigen Zinsen eine enorme Umverteilungswirkung mit sich bringen, von der allein der Staat profitiert: Die zweistelligen Milliardenbeträge an ersparten Zinsen gleichen Wolfgang Schäuble den Haushalt fast von alleine aus. Aber es zahlen die Sparer, die auf Zinserträge verzichten. Es wäre ein Gebot der Fairness, dass der Staat zumindest seinen Finanzierungsvorteil an die Bürgerinnen und Bürger zurückgibt. Doch nichts passiert. Stattdessen bereichert sich der Staat über die kalte Progression an Gehaltserhöhungen, der Solidaritätszuschlag soll bis zum Sankt Nimmerleinstag gezahlt werden und in Rede steht jetzt auch noch eine massive Verschärfung der Erbschaftsteuer zulasten des Mittelstandes sowie der Millionen Arbeitsplätze dort. Hinzu kommt die Abschaffung der Abgeltungsteuer. Das ist für jeden, der mehr als 25 Prozent Steuern zahlt, nichts anderes als eine massive Steuererhöhung.

Massiv, aber versteckt. Die Mängel der Infrastruktur und die Flüchtlingsprobleme liefern doch sicher bald eine argu-



mentative Steilvorlage für alle, die Steuern nochmals erhöhen wollen – und zwar offen ...

Das befürchte ich auch. Wir verzeichnen stark steigende Staatseinnahmen, unsere Exportwirtschaft profitiert vom künstlich niedrig gehaltenen Außenwert des Euro, die Babyboomer stehen noch voll im Erwerbsleben – ein derart günstiges wirtschaftliches Umfeld wird es voraussichtlich – jedenfalls zu meinen Lebzeiten – kein zweites Mal geben. Wann, wenn nicht in dieser Lage, sollte ein Staat mit seinem Geld auskommen, hinreichend investieren und überdies darauf verzichten, seine Bürgerinnen und Bürger weiter zu belasten? Wir sollten ein Moratorium für neue Staatsaufgaben und neue Staatsausgaben beschließen.

Eine Selbstverpflichtung des Staates auf Bescheidenheit?

Ja, aber seit 2013 erleben wir das Gegenteil:

eine Art andauerndes Erntedankfest. Es wird verteilt und gefeiert. Minister Gröhe und den Ministerinnen Nahles und Schwesig wurde noch kein zusätzlicher Ausgabenwunsch ausgeschlagen. Aber die damit verbundenen Kosten sind nicht seriös finanziert. Jetzt, bei den ersten Krisenanzeichen, stellen wir fest: Es gibt keinen Risikopuffer, alle Ausgaben gehen voll zulasten der Zukunftsinvestitionen. Das kann so nicht sein. Wir brauchen wieder Vorrang für Investitionen und eine Stärkung der privaten Hand.

Zur Lage der FDP: Die Zeit der Nabelschau nach der Niederlage bei der Bundestagswahl 2013 scheint vorüber. Auch die Medien beschäftigen sich intensiver mit den Inhalten der Freien Demokraten als mit der Befindlichkeit der Partei ...

Die FDP hat sich selbst befreit: von kleinem Denken und der Ängstlichkeit, was andere sagen könnten. Statt opportunistisch zu sein,

haben wir die Dosis Liberalismus erhöht. Wir betonen die Bedeutung der Bildungspolitik, denn sie ist die zentrale Voraussetzung dafür, dass Menschen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können. Wir orientieren uns in der Wirtschaftspolitik an der Zukunftsfähigkeit unseres Landes und an der Sicherung eines fairen Wettbewerbs. Und natürlich beschäftigt uns intensiv das Thema der bürgerlichen Freiheitsrechte. Das ist die Frage unserer Zeit angesichts einer Debatte, die berechnete Sicherheitsinteressen pauschal und ohne Verhältnismäßigkeitsprüfung wichtiger nimmt als die Privatautonomie und unser Recht auf eine geschützte Persönlichkeitssphäre.

Die FDP war häufig dem Vorwurf ausgesetzt, sie sei in Wahrheit eine reine Wirtschaftspartei und würde freie Wirtschaft und Bürgerrechte nicht zusammendenken. Die prominenten Neueintritte in die Partei sind unter diesem Gesichtspunkt interessant: Wirtschaftskapitäne und frühere Mitglieder der Piratenpartei ...

Das Prinzip Freiheit funktioniert nur dann, wenn man gesellschaftliche und wirtschaftliche Freiheit miteinander verbindet. Die Neueintritte belegen, dass es uns gelungen ist, die Einheit dieser Themen zu unterstreichen. Wenn zwei ehemalige Bundesvorsitzende der Piraten, Sebastian Nerz und Bernd Schlömer, zu uns kommen, weil sie das Gefühl haben, dass die FDP es ernst meint mit der positiven Gestaltung der Digitalisierung und unseren bürgerlichen Freiheitsrechten, und wenn mit Jürgen Hambrecht und Hans-Georg Näder von Otto Bock zugleich zwei führende Köpfe der deutschen Wirtschaft in die Partei eintreten, dann zeigt uns das, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und es unterstreicht: Wir begreifen Liberalismus nicht als Spartenprogramm, sondern als umfassenden Ansatz. ●

STIMMUNGS

// TEXT // JAN FLEISCHHAUER

Wie ist die Lage der FDP? Mit den führenden Leuten habe ich wenig Umgang, da kann ich die Stimmung schlecht einschätzen. Christian Lindner habe ich vor ein paar Wochen zufällig in Berlin bei einem Kongress der Tourismuswirtschaft getroffen (wo sonst?). Er schien guter Laune, aber das ist er eigentlich immer. Wichtiger ist, dass auch die Leute an der Basis Hoffnung schöpfen. Man kann sich als Anhänger der FDP wieder in die Öffentlichkeit trauen, ohne gleich beschimpft zu werden. Das ist kein geringer Fortschritt.

Man darf in Deutschland alles Mögliche wählen, ohne dass dies größere Nachfragen auslöst – Grün, Rot, zur Not auch mal Schwarz. Selbst die Linkspartei mit ihrem Traum vom bankenfreien Sozialismus, wo jeder beim Staat sein Konto hat, findet in den deutschen Leitmedien noch ihre Verteidiger. Nur ein Bekenntnis zur FDP setzte einen verlässlich dem Verdacht aus, nicht mehr alle Tassen im Schrank zu haben. Ich weiß, wovon ich rede: Ich bin nach Rudolf Augstein vermutlich der einzige *Spiegel*-Redakteur, der öffentlich bekannt hat, FDP gewählt zu haben.

Wer nach den Gründen für den Absturz der FDP fragt, wird auf die zahllosen Enttäuschungen verwiesen, die sie den Wählern nach dem Einzug in die Regierung 2009 bescherte. Mich hat das nie überzeugt. Auch andere Parteien enttäuschen nach der Wahl, die Enttäuschung des Wählers gehört zur Demokratie wie die Kollekte zum Gottesdienst. Die SPD hat nach ihrem Wahlsieg 2005 die Agendapolitik verabschiedet, die

Grünen haben den Weg für den ersten Kriegeinsatz nach dem Zweiten Weltkrieg freigemacht. Gegen diese Zumutungen sind die Beibehaltung des Entwicklungshilfeministeriums oder die Verschiebung einer Steuerreform Kleinigkeiten.

Die meisten Menschen suchen die Zustimmung ihres Umfelds, nicht die Ablehnung – hier liegt der wahre Grund, warum die FDP so tief gefallen ist. Wäre die FDP eine linke Partei, würden ihre Anhänger den Verurteilungskonsens als Bestätigung sehen, dass sie richtig liegen. Im bürgerlichen Umfeld, aus dem sich die Freidemokratie speist, ist das ideologische Rückgrat hingegen eher unterentwickelt. Das macht das Gespräch mit liberal gesinnten Leuten angenehm, weil sie einem nicht ständig ihre Überzeugungen um die Ohren hauen müssen. Es hat aber für die organisierte Politik den großen Nachteil, dass die Wähler schnell verunsichert sind, wenn sich das Meinungsklima gegen sie wendet.

Die gute Nachricht für die FDP ist, dass die Idee des Liberalen nach wie vor als etwas Positives gilt. Tatsächlich wird sie weit über die FDP hinaus offenbar als so attraktiv empfunden, dass die Konkurrenz gerne etwas davon abhaben würde. Die Partei, die sich besondere Mühe gibt, sich als legitimer Nachlassverwalter der Freidemokratie zu präsentieren, sind die Grünen. „Unsere Arme sind weit offen“, hat deren Parteivorsitzender Cem Özdemir schon im *Handelsblatt* erklärt, als die FDP noch im Bundestag saß. Vor einem Jahr haben die Grünen in Berlin extra einen „Freiheitskongress“ veranstaltet,

auf dem sie sich gegenseitig bestätigten, dass sie die eigentlichen Liberalen sind.

Auf den ersten Blick mag einiges für die Annahme sprechen, dass die Grünen die FDP beerben könnten. Ihre Anhänger rekrutieren sich in großer Zahl aus einem Milieu, das mit dem der Liberalen viele Gemeinsamkeiten aufweist: Sie sind wie diese überdurchschnittlich gebildet, überdurchschnittlich gut verdienend und politisch interessiert. In ihrem Wesenskern sind die Grünen allerdings das Gegenstück zu einer liberalen Partei, da hilft auch kein Freiheitskongress. Es ist wahnsinnig schwer, sich das Verbieten abzugewöhnen, wie sich zeigt.

Die andere Partei, die sich zwischenzeitlich anschickte, die FDP zu ersetzen, ist die AfD. In der Zeit nach dem Ausscheiden der Freidemokraten aus dem Bundestag gab es ein langes Dossier, warum die AfD die neue Heimat liberaler Wähler sei. Ich hielt das immer für Unsinn, aber auch für Leute, die geschwankt haben mögen, hat sich diese Alternative erledigt. Spätestens seit ihrer Spaltung ist die AfD keine wirkliche Konkurrenz mehr. Dass der Furor der Presse ein neues Objekt gefunden hat, hilft den Liberalen mehr, als sie ahnen: Schlimmer, als zur FDP zu stehen, ist es in Deutschland immer noch, als rechts zu gelten.

Je länger die Freidemokraten aus der großen Politik verbannt sind, desto milder fällt das Urteil über sie aus. Viele Menschen sehnen sich nach der Stabilität der alten Bundesrepublik zurück, dazu gehört für sie auch die Partei, die seit den Anfängen dabei war. Nostalgie mag unter Experten nicht viel

WANDEL

Die FDP justiert sich neu
Frankfurter Allgemeine

Auf zur neuen Freiheit
ZEIT-Online

Neuer Teamgeist in
der Individualistenpartei
WirtschaftsWoche

Neue Klarheit, alte Werte
Süddeutsche Zeitung

Mehr Inhalte, weniger Engel
tagesschau.de

Liberaler Lebenszeichen
SPIEGEL online

gelten, aber es ist wertvoller, als man meinen sollte. Bevor die Leute anfangen, sich für Inhalte zu interessieren, lassen sie sich erst einmal davon leiten, wen oder was sie sympathisch finden.

Dem einen oder anderen wird bei näherer Betrachtung möglicherweise auch auffallen, dass keine der im Bundestag vertretenen Parteien es mit der Freiheit wirklich ernst meint. Es gibt nach meiner Erfahrung einen einfachen Test, um den Freiheitsgrad einer Partei zu bestimmen: Man muss nur in das Programm schauen und suchen, was dort zu Steuern steht. Je geringer das Zutrauen in die Mündigkeit des Bürgers, desto größer die Neigung, sein Geld für ihn auszugeben.

Steuern, hat Cem Özdemir von den Grünen neulich erklärt, seien eine Fürsorgemaßnahme des Staates, um die vermögendere Bürger vor zu viel Geld und damit vor Abwegen zu bewahren: „Überschüssige Liquidität kann schließlich ins Gefängnis führen“, sagte er. So habe ich die Dinge noch nie gesehen, muss ich zugeben. Ich wüsste andere Möglichkeiten, mit meiner überschüssigen Liquidität fertigzuwerden, als sie bei Leuten wie Özdemir abzuliefern. Aber ich bin ja auch kein Grüner. ●



JAN FLEISCHHAUER weiß, wovon er spricht: Seit er seine Sympathien für die Freunde der Freiheit erkennen ließ, wird er regelmäßig aufgefordert, sich in Therapie zu begeben.
redaktion@libmag.de

UNTER



In der überfülligen Debatte um Flucht und Migration neigen wir zur Vereinfachung, möchten unterscheiden zwischen „guten“ unmittelbar verfolgten und „schlechten“ „Wirtschaftsflüchtlingen“, zwischen „sicheren“ und „unsicheren“ Herkunftsländern. Wolfgang Sofsky beschreibt eindrücklich, wie die Motive des Flüchtlings sich während seiner Reise verschieben.

// TEXT // **WOLFGANG SOFSKY**

Manchmal geht es um Sekunden, um Minuten. Bomben explodieren, eine Flutwelle rollt heran, in Panik stürzen die Menschen davon. Andere Gefahren lassen sich Zeit. Feinde rücken näher, Dürre überzieht das Land. Hunger, Seuchen und Elend vertreiben die Bewohner aus der Gegend. Menschen fliehen vor plötzlichem Unheil und vor langsamen Bedrohungen. Bricht Panik aus, laufen sie überstürzt davon. Schwillt die Gefahr allmählich an, bedarf es einer Entscheidung, um den falschen Trost der Illusionen endlich hinter sich zu lassen. Immer jedoch befiehlt der Fluchtimpuls: Fort, weg von der Gefahr. Es ist die Angst vor einem wahrgenommenen oder erwarteten Unheil, die Menschen in die Flucht jagt. Nicht immer sind Weg, Richtung oder Ziel klar. Oft wissen Flüchtlinge nicht, wohin sie sich wenden sollen. Aber sie wissen: Bleiben ist lebensgefährlich.

Nicht jede große Wanderung ist eine Flucht. Viele Menschen verlassen Haus, Hütte, Land oder Lager mit

gemischten Absichten und Gefühlen. Ihr Antrieb ist oft nicht Angst, sondern Hoffnung, Berechnung oder Verzweiflung. Sie sehen keine Aussicht auf Besserung und haben nichts zu verlieren. So setzen sie alles auf eine Karte und brechen auf. Andere wollen endlich zu ihren Verwandten in der Fremde, wieder andere erwarten irgendwo ein Auskommen. Eine Chance suchen sie, Arbeit, Wohlstand, einen Studienplatz, eine Perspektive.

Unter Migranten finden sich neben Flüchtlingen auch manche Auswanderer. Flüchtlinge sind Menschen, die nirgendwo einen Platz haben, an dem sie sicher leben können. Sie laufen um ihr Leben. Auswanderer indes, so dürftig ihre Lebensumstände oft sind, befinden sich nicht in Todesgefahr. Sie suchen keinen Platz zum Überleben, sondern einen Platz für ein besseres Leben.

Was als eilige Flucht beginnt, geht nicht selten in eine Wanderung über. Nach der ersten Etappe gelangt der Flüchtling in eine halbwegs sichere Zuflucht, ein Aufnahmelaager jenseits der Grenze, eine Bleibe in einem Zelt oder einem Container. Doch wenn die Hoffnung auf Heimkehr schwindet, droht das ortlose Provisorium zum

WEGS



Dauerzustand zu werden. Der Krieg hat kein Ende, die Heimat ist verwüstet, das alte Haus zerstört. So machen sich viele Menschen erneut auf den Weg. Aus Fliehenden werden Migranten.

Fluchtangst ist bestimmt von der Präsenz unmittelbarer Gefahr. Die Wanderung verschiebt den Fokus. Viele haben nun ein fernes Ziel vor Augen, ein Land jenseits der Wüstenei, eine Route in die Zukunft. Hoffnung hilft über die Strapazen unterwegs hinweg. Fliehende schauen zurück auf das, was ihnen im Nacken sitzt. Jeder Kilometer, der sie vom Gefahrenherd trennt, erhöht den Sicherheitsabstand. Migranten indes haben einen Weg vor Augen, eine Straße mit vielen Etappen, Stationen, Barrieren. Jeder Kilometer bringt sie ihrem Zielort näher, an dem sich die Sehnsüchte erfüllen sollen.

Flucht ist selten geplant. Schlagartig verändert sie das Verhältnis des Menschen zu den Dingen. Die Zeit drängt. Nur das Nötigste lässt sich in der Eile zusammenpacken: Geld, Schmuck, ein Dokument, eine Fotografie, ein Mobiltelefon, eine Isomatte, Medikamente, ein Kuscheltier. Fast alles müssen Flüchtende zurücklassen. Die

Dinge ihres bisherigen Lebens sind auf einmal unnütz, ein Ballast, der rasches Fortkommen behindert. Manche schleppen einen Koffer, einen Rucksack mit Habseligkeiten mit sich. Aber viele haben nur, was sie auf der Haut und in Händen tragen. Je länger der Weg, desto schwerer werden die Dinge. Flucht entwertet die gewohnte Dingwelt radikal. Umso stärker heftet sich die Erinnerung an einen Fetisch: Diese eine Fotografie wird der Flüchtling niemals aus der Hand geben. Es ist das letzte Objekt seiner Geschichte.

Wanderung ist keine Reise, ihre Dauer ist oft völlig ungewiss. Sie kann Wochen, ja Monate dauern. Viele sind zu Fuß unterwegs. Hunderte, Tausende Kilometer sind es bis zum Ziel. Umwege müssen einkalkuliert werden, natürliche oder politische Grenzen sind zu überwinden. Zäune müssen umgangen, Gebirgspässe überwunden, Meere überquert werden. Von den Hindernissen hatte man beim Aufbruch nur eine vage Vorstellung. Jedes Transportmittel verkürzt die Zeit und spart Kräfte, ein Fuhrwerk, ein Lkw, ein Schiff oder Zug. Oft kostet die Fahrt ein Vermögen. Ortskundige Schleuser und Schlep- »

per lassen sich ihre Dienste teuer bezahlen. Wer nichts hat, kommt nicht weiter, bleibt zurück und muss es erneut versuchen, sobald er das Geld beisammen hat. Flucht ist keine stete, lineare Bewegung. Das Tempo wechselt, es gibt Phasen der Beschleunigung, des Stillstands, des endlosen Ausharrens, der Mutlosigkeit, der Wut, wenn eine Route in einer Sackgasse endet.

Dem Wechsel der Orientierungen, Bewegungen und Affekte entspricht der Wechsel der Sozialformen. Großes Unheil löst eine Massenflucht aus. In der Panik kämpft jeder gegen jeden. Wer im Wege steht, wird niedergetrampelt. Jeder ist für sich. Unter den vielen gilt das Gesetz des Stärkeren. Eine andere Gesellschaft entsteht bei langsamen Gefahren. Die Angst verbreitet sich allmählich. Je mehr aufbrechen, desto größer erscheint das



Unterkunft:

Zeltstädte wie diese an der Bremer Straße in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden bilden für Flüchtlinge notgedrungen ein Zuhause.

Unheil und desto stärker ist die Sogkraft des Trecks. Auch wer bis zuletzt ausgeharrt hat, packt schließlich das Bündel, wenn nebenan der Nachbar aufbricht.

Eine Zeit lang hat die Massenbewegung eine egalisierende Wirkung. Die Gefahr bedroht nicht nur den Einzelnen, sondern eine Vielzahl. Jeden kann es treffen. Die Angst verteilt sich auf viele Schultern, die Gegenwart vieler verspricht vorläufige Sicherheit. Die Masse wirkt selbst wie ein Zufluchtsort. Sie stiftet Gleichheit, ja Solidarität. Wer stürzt, wird aufgerichtet, wessen Kräfte sich zu erschöpfen drohen, der wird eine Zeit lang von anderen gestützt. Der Drang der individuellen Selbsterhaltung scheint für einen Moment aufgehoben.

Die Standardform der Massenwanderung ist der Zug. Mit großer Beharrlichkeit bewegt er sich dem fernen Ziel zu. Man bleibt zusammen, der Weg ist weit, man teilt Wünsche und Hoffnungen. Oft sind die Widrigkeiten so immens, dass die Verzweigung erneut durchdringt, der

Hunger, die Kälte, die Klagen. Doch nimmt unterwegs die Gleichgültigkeit zu. Flüchtlingskolonnen sind kein Hort des Mitgefühls und Zusammenhalts. Die Menschen gehen nicht miteinander, sondern hintereinander. Die Langsamen werden überholt. Jeder versucht, den Anschluss zu halten. Wer zurückfällt, wird am Ende sich selbst überlassen, ein bedauernder Seitenblick, der Zug zieht weiter, passiert die Toten früherer Trecks, die eilig aufgehäuften Erdhügel. Gegen den Anblick des Schreckens wappnet sich der Wandernde, um seine Zuversicht nicht zu verlieren. Dennoch schlägt die Flucht immer neue Wunden.

Je länger der Marsch andauert, desto brüchiger werden die sozialen Bande. Das Soziale schmilzt auf einige Kerne der Solidarität zusammen, auf die jungen Männer, die gemeinsam aufgebrochen sind und sich damals im Dorf Treue geschworen haben, auf die Familie, ein paar Verwandte, auf den engsten Freund oder Kameraden. Doch nicht wenige sind allein unterwegs, darunter Kinder und Jugendliche, die keinen Anschluss an einen Schutzherrn oder eine Gruppe Gleichaltriger gefunden haben.

Migranten bewegen sich als Fremde in fremdem Land. Schon in der Kolonne wissen die meisten nichts voneinander. Jenseits der Grenze indes sprechen sie auch die andere Sprache nicht, kennen die Wege nicht, die Gebräuche. Sie treffen auf Einheimische, von denen einige gastfreundlich sind, aus Furcht oder Neigung. Andere dagegen zeigen sich abweisend, ja aggressiv. Oft vertragen die Flüchtlinge die Nahrung nicht, die man ihnen reicht oder zusteckt, verstehen die Worte nicht, den Zuspruch, den Hass. Nirgends gehört der Fremde dazu. Hin- und hergerissen ist er zwischen Vorsicht, Misstrauen, Dankbarkeit, falscher Vertrauensseligkeit. Aber als Fremder widerfährt ihm die Entwertung des alten sozialen Wissens. Er kann nicht mehr denken und handeln wie früher, sein Status ist marginal.

Abgeschnitten von verlässlichen Informationen, grassieren unter Flüchtlingen zahllose Gerüchte. Man hört, wo die Verfolger gewütet haben sollen, wo Lebensmittel zu ergattern sind oder Helfer mit Booten warten. Man hört, wo man willkommen ist und wo nicht. Ein Urheber der Gerüchte ist nirgends auszumachen, einer erzählt es dem anderen, und jener fragt sofort einen Dritten, ob er es auch schon gehört habe. Je mehr daran glauben, desto glaubhafter erscheint die Botschaft. Ihre Glaubwürdigkeit steigt mit der sozialen Verbreitung. Nicht sachliche Wahrscheinlichkeit, sondern kollektive Empfänglichkeit gibt den Ausschlag.

Im Ausnahmezustand ist jeder Anhaltspunkt willkommen. Flucht ist eine Zeit wiederkehrender Angst,

Unterwegs:

Auf dem Bahnsteig des Bahnhofs im oberbayerischen Grenzort Freilassing warten Flüchtlinge unter den Augen der Polizei auf einen Sonderzug (oben), der sie irgendwo hinbringen wird – in diesem Jahr das Sinnbild für die Flüchtlingskrise. Mobiltelefone, auf denen Bilder von der zerbombten Heimat gespeichert sind (Fotos unten), sind oftmals der letzte Kontakt zum früheren Leben.



enttäuschter Hoffnungen, hartnäckiger Irrtümer. Da institutionelle Regeln, Disziplinen und Gewohnheiten fehlen, wuchern Projektionen und Fantasien. Gerüchte verkehren Tatsachen ins Gegenteil, übertreiben Einzelheiten maßlos, nähren Illusionen.

Früher bewegten sich Fluchtzüge oft im Niemandsland der Ungewissheit. Die Menschen wussten nichts vom Schicksal ihrer Angehörigen oder von der Politik fremder Behörden. Heute erlaubt die beschleunigte Kommunikation manchmal rasche Anpassung und Routenwechsel, doch ist das Smartphone auch eine Quelle neuer Gerüchte, Befürchtungen, verdichteter Illusionen. Und manchmal setzt sie einen Wettlauf in Gang, der den langsamen Zug im Tumult enden lässt.

Eine Nachricht verbreitet sich, dass ein Land alle Zuwanderer aufnehmen will, dass demnächst eine

Grenze geschlossen wird oder das letzte Boot ablegt. Sofort bricht Unruhe, Rivalität aus. Eine Chance, so scheint es, hat allein der Schnellste. Nur wer sofort aufbricht, die letzte Zaunlücke erreicht oder das Zugabteil stürmt, gelangt noch ans Ziel. Nicht Todespanik ergreift die Menge, sondern Ankunftspanik. Die Menschen fürchten weniger, nicht mehr davonzukommen, als nicht mehr anzukommen. Diese dramatischen Bilder des finalen Gedränges, der Überfüllung, der Wut und Panik sind es, die zuletzt das Gefühl aufkommen ließen, ein unaufhörlicher, unaufhaltsamer „Strom“ von Fremden überflute die Grenzen, Länder und Gesellschaften Alteuropas. ●



WOLFGANG SOFSKY war Professor für Soziologie in Göttingen und Erfurt. Seit 2000 ist er als Blogger (www.wscaprichos.wordpress.com), Privatgelehrter und Schriftsteller tätig. Dieser Text erschien kürzlich in der *NZZ*.
redaktion@libmag.de



Neue Perspektiven durch Bildung: Die FNF-Stipendiaten Vincent Zimmer (links) und Markus Kreßler (rechts) haben die Online-Uni Kiron für Flüchtlinge gegründet.

Kiron: Uni als Chance

Die Flüchtlingskrise ist eine große Herausforderung. Zwei Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit lassen sich davon nicht beirren. Sie haben eine Online-Universität gegründet – für Flüchtlinge.

// TEXT // **FELIX S. SCHULZ**

Flüchtlingskrise 2015. Wer das Elend der Geflüchteten hautnah erfährt, der wird entweder von Ohnmacht übermannt – oder motiviert. Diese Erfahrung machten auch Markus Kreßler und Vincent Zimmer, Stipendiaten der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF). Sie haben mit den Geflüchteten gesprochen, mit ihnen gearbeitet. Viele von ihnen haben in den Ländern, aus denen sie flüchten mussten, studiert. In Deutschland können sie das zunächst nicht, es fehlen anerkannte Abschlüsse und Deutschkenntnisse. Arbeiten dürfen sie auch nicht. Sie wissen nicht, wohin mit ihrer Zeit. Sie wissen nicht,

wohin mit sich. Markus und Vincent haben dieses Problem erkannt und nach Lösungen gesucht – und sie haben eine Lösung gefunden. Auf dem Konvent der Stipendiaten der FNF entwickelten sie eine Idee, aus der Kiron wurde.

Kiron ist eine Plattform, die Flüchtlingen Zugang zu Universitätsbildung bietet – kostenfrei. Dabei können beispielsweise Zeugnisse nachgereicht werden. Gefragt ist wenig Bürokratie: Zunächst ist nur ein Nachweis über den Flüchtlingsstatus zu erbringen. Sobald das geschehen ist, können die Flüchtlinge ein einjähriges Studium generale und eine Spezialisierung ablegen. Die Kurse

finden in den ersten beiden Jahren online und hauptsächlich auf Englisch statt. Dabei können sich die Studentinnen und Studenten eines Pools an Online-Kursen bedienen von Universitäten wie Harvard oder MIT. Alle Kurse sind frei zugänglich. Kiron kombiniert sie mit e-Learning-Tools und Vernetzungstreffen in Berlin, mit Teamwork-Projekten und Mentoring-Programmen. Unterstützt wird das Kiron-Team durch Partneruniversitäten, zum Beispiel aus Aachen, Eberswalde, Heilbronn und die Open University of West Africa in Ghana.

Im dritten Jahr folgt die Spezialisierung auf einen der fünf Studiengänge wie etwa Business, Intercultural Studies oder Architecture – das sind derzeit die populärsten Studienentscheidungen von Geflüchteten. Dieses Studienjahr erfolgt an einer der Partneruniversitäten vor Ort, bei denen sich die Studenten nach einem abgeschlossenen Studium generale bewerben können. Bereits bei Kiron werden hierfür die notwendigen deutschen Sprachkenntnisse geschaffen.

Bildung ohne bürokratische Hürden

Durch den Studiennachweis bekommen die Studenten automatisch ein Studentenvisum. Die Abschlüsse sind international anerkannt, so werden langwierige bürokratische Hürden umgangen. Während der Studienzeit steht Kiron den Studenten zur Seite, sei es durch psychologische Betreuung, Internetzugang, Vorbereitungs- und Sprachkurse. Das langfristige Ziel: Durch Kiron sollen die Flüchtlinge in einer Zukunft leben, in der die Unterstützung durch den Sozialstaat überflüssig ist.

Noch finanziert sich Kiron durch Spenden und Förderungen von Stiftungen: als Flagship, das nahezu jede große Stiftung zu ihren Projekten zählen will. Um den sozialen Sektor zu stärken und um sich selbst monetarisierende, funktionierende Projekte zu ermöglichen, wurde zusätzlich Kiron Ventures gegründet, ein Start-up-Inkubator. So sollen Gründungen von und für geflüchtete Menschen sowie Projekte, die einen Bezug zum Thema Migration aufweisen, unterstützt werden.

Neue Perspektiven eröffnen, Hilfe zur Selbsthilfe und Selbstermächtigung durch Bildung – das sind die Leitsätze, die das Uni-Team prägen. Denn Kiron ist kein Einzelprojekt. Mit vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern wie Werbe- und PR-Agenturen, Textern, Programmierern und Designern gestalten viele Mittzwanziger nach humanistischen Grundsätzen die Mindeststan-



dards einer zivilisierten Gesellschaft dort, wo die Politik noch versagt.

Markus und Vincent sieht man übrigens nicht an, was sie tun. Ihr Tag entspricht dem eines Jungmanagers: viele Termine, wenig Schlaf. Kein Wunder: Die Kiron-Idee hat Form angenommen, und wie in einem großen Unternehmen müssen alle Abläufe koordiniert werden. Langfristig wollen Markus und Vincent mit Kiron Millionen Geflüchteten weltweit das Studieren ermöglichen. Dafür arbeiten schon jetzt Teams in Deutschland, London, Paris, Istanbul und anderen Metropolen. Beide wissen: Das Leid ist allgegenwärtig. Ebenso aber der Wille, etwas dagegen zu tun, der Wille der Menschen, sich selbst zu verwirklichen. ●

Freiheit durch Bildung: Kiron bietet Flüchtlingen Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben.



FELIX S. SCHULZ, 22, arbeitet in Berlin als freiberuflicher Art Director. Zu seinen Kunden gehören unter anderem Parteien, NGOs und Flüchtlingsinitiativen.
redaktion@libmag.de

„Im Zweifel für die Freiheit“

Nicht selten treten Minister zurück, fast immer infolge eines politischen Skandals. Ein Rücktritt aus inhaltlichen Gründen ist die absolute Ausnahme. Vor 20 Jahren kündigte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger aus Protest gegen die geplante akustische Wohnraumüberwachung im Rahmen des Großen Lauschangriffs ihren Rücktritt an und schied einen Monat danach aus dem Amt aus. // TEXT // EWALD GROTHE

In der derzeitigen Debatte um die Vorratsdatenspeicherung werden Erinnerungen an die Auseinandersetzung um den sogenannten Großen Lauschangriff wach. Es ging Mitte der 1990er-Jahre um die akustische Wohnraumüberwachung und die in diesem Zusammenhang diskutierte Ergänzung des Artikels 13 des Grundgesetzes, der die Unverletzlichkeit der Wohnung schützt. Unterschieden vom Großen Lauschangriff wurde damals der Kleine Lauschangriff, bei dem es um das Abhören von Gesprächen außerhalb der Wohnung in der Öffentlichkeit oder in allgemein zugänglichen Geschäftsräumen ging.

Nachdem sich die Innenministerkonferenz 1995 für eine Grundgesetzänderung ausgesprochen hatte, versuchte die damalige Bundesregierung, den Großen Lauschangriff gesetzlich einzuführen. Argumentiert wurde mit der Gefahrenabwehr gegenüber Straftätern, insbesondere in Fällen terroristischer Bedrohung. Dagegen kündigte die damalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) Widerstand an. Am 25. September 1995 kam es zu einer Mitgliederbefragung in der FDP. Schon im Vorfeld der Bekanntgabe des Ergebnisses herrschte Unruhe. Denn die Justizministerin hatte öffentlich geäußert, sie betrachte die Abstimmung als eine „Richtungsentscheidung“, falls die Partei ihre bisherige Ablehnung des Großen Lauschangriffs aufgeben. Trotz aller Bemühungen seitens der Parteispitze ließ sich die Justizministerin nicht umstimmen: „Ich höre dann auf“, erklärte sie, „wie stehe ich sonst da?“ In der Abstimmung sprachen sich dann fast zwei Drittel aller Befragten für die Einführung des Großen Lauschangriffs aus. Als Konse-

quenz aus diesem Ergebnis legte Sabine Leutheusser-Schnarrenberger am 14. Dezember 1995 ihr Amt als Bundesjustizministerin nieder.

Die Resonanz auf diesen ungewöhnlichen, aber konsequenten Schritt war groß, und insbesondere in den Medien wurde die Standhaftigkeit der zurückgetretenen Ministerin herausgestellt. Im *Spiegel*-Interview äußerte sie: „Ich werfe nicht allen, die anderer Meinung sind, vor, sie seien keine Liberalen. Aber die Entscheidung für das Abhören von Wohnungen ist ein großer Schritt weg vom Konzept des liberalen Rechtsstaats. Das ist konservatives Sicherheitsdenken, nicht freiheitlicher Liberalismus. Einer angeblich behaupteten Effektivität bei der Bekämpfung von Verbrechen wird Vorrang vor den Grundrechten eingeräumt. Der Lauschangriff war der Schlusspunkt.“



Konsequent: Sabine Leutheusser-Schnarrenberger erklärt der Presse, dass sie von ihrem Amt als Bundesministerin der Justiz zurücktritt (14. Dezember 1995).



Ein solches Verhalten eines Regierungsmitglieds, der freiwillige Rückzug wegen einer Abstimmung in der eigenen Partei, hatte es in der Geschichte der Bundesrepublik bis dahin nicht gegeben.

Doch ein Schlusspunkt in der Diskussion über den Großen Lauschangriff war der Rücktritt Ende 1995 keineswegs. Zwar wurde die entsprechende Grundgesetzänderung im März 1998 von Bundestag und Bundesrat beschlossen, aber die öffentliche Debatte verstummte nicht. Nur ein Jahr später, im März 1999, erhoben Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Burkhard Hirsch, Gerhart Baum und weitere FDP-Mitglieder Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Ergänzung des Artikels 13 des Grundgesetzes, die den Großen Lauschangriff ermöglicht hatte. Die mündliche Verhandlung vor den Karlsruher Richtern fand am 1. Juli 2003 statt. Am 3. März 2004 - also rund sechs Jahre nach der Grundgesetzänderung und fünf Jahre nach der Verfassungsklage - erklärte das Bundesverfassungsgericht zwar die Änderung des Grundgesetzes für verfassungskonform, rügte aber zahlreiche Ausführungsbestimmungen und die zusätzlichen Änderungen in der Strafprozessordnung.

Für die drei prominenten Kritiker der Grundgesetzänderung in der FDP war es ein eindrucksvoller Sieg. Der Rechtsstaat habe über den drohenden Überwachungsstaat triumphiert, hieß es. Der Erfolg wurde umso mehr als beachtlich eingestuft, als die allgemeine Debatte nach den New Yorker Terroranschlägen vom 11. September 2001 ein solches Urteil nicht erwarten ließ. Die Bundesregierung musste ihrerseits reagieren und die Karlsruher Entscheidung umsetzen. Im Juli 2004 gab es den Versuch

einer ersten Gesetzesänderung, wobei der von Ministerin Brigitte Zypries (SPD) vorgelegte Entwurf nochmals zurückgezogen werden musste. Doch mit den Stimmen der rot-grünen Bundestagsmehrheit wurde im Mai 2005 das Gesetz zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität verabschiedet, das die Änderungen der Strafprozessordnung revidierte und verfassungskonform abmilderte. In dieser Form gilt es bis heute.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hat 2007 in der Festschrift für Otto Graf Lambsdorff die spektakulären Vorgänge um ihren Rücktritt 1995 und die erfolgreiche Verfassungsklage 2004 Revue passieren lassen. Dabei betonte sie, dass es bei der Diskussion um den prinzipiellen Konflikt zwischen den Grundwerten Freiheit und Sicherheit gehe. Der vorherrschenden Tendenz, dieses grundsätzliche Spannungsverhältnis radikal zugunsten der Sicherheit und zulasten der Freiheit aufzulösen, gelte es zu widersprechen und stattdessen zu einer „Ausbalancierung“ der beiden Werte zu gelangen. Man müsse den „massiven Abbau konstitutiver freiheitlich-rechtsstaatlicher Garantien“ verhindern. Eine wie auch immer geartete Bedrohung der inneren Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger könne nicht die Aushöhlung von Grundrechten legitimieren. Gegen die „hemmungslose sicherheitspolitische Aufrüstung“ des Staates gelte es, den Schutz der Menschenwürde durch Artikel 1 des Grundgesetzes zu betonen.

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, das heutige Vorstandsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, folgerte schon 2007: „Im Zweifel für die Freiheit“, müsse die Parole lauten. ●



Der Historiker
**PROFESSOR
EWALD GROTHE**
leitet das Archiv
des Liberalismus der
Friedrich-Naumann-
Stiftung für
die Freiheit in
Gummersbach.
redaktion@libmag.de



„Wir planen um die Auflagen herum“

Deutschland ist drauf und dran, seine Standortvorteile zu verspielen. Von bester Bildung ist man, wie wir seit PISA wissen, noch weit entfernt, Steuern und Sozialabgaben sind hoch, und jetzt droht dort der Niedergang, wo Qualität eigentlich immer als Selbstverständlichkeit galt – bei der Infrastruktur. Es ist ein schleichender Verfall, der jedoch von Jahr zu Jahr mehr zutage tritt: Straßenschäden häufen sich, Verspätungen bei der Bahn sind an der Tagesordnung, eine Internet-Breitbandanbindung ist außerhalb der Metropolen oft nicht zu bekommen. Die Infrastruktur ist das Rückgrat einer Industrienation – dennoch wird seit Langem auf Verschleiß gefahren. *liberal* wirft einen Blick auf die nationale Bummel-Baustelle.

// INTERVIEW // **BORIS EICHLER**

Herr Posch, wann haben Sie sich zuletzt über unsere Infrastruktur geärgert?

Gestern erst, auf der Bahnfahrt nach Berlin: 30 Minuten Verspätung wegen einer Langsamfahrstrecke. Und dann abends erneut, bei einer Veranstaltung. Es ging um die Luftverkehrswirtschaft und ihre Probleme, zum Beispiel die behäbige Planung von Flugrouten. Darüber diskutieren wir schon sehr lange und haben dennoch nur wenig vorzeigbare Ergebnisse zustande gebracht.

Böse Zungen behaupten: Das Straßennetz im Westen ist bald schon so marode wie vor der Wende im Osten. Züge sind immer öfter auf Schleichfahrt unterwegs. Was ist da schiefgelaufen?

Ganz klar: Wir haben Nachholbedarf. Das liegt zum Teil daran, dass es in den vergangenen 25 Jahren im Schwerpunkt um die Infrastruktur im Osten ging. In der gleichen Zeit wurden zudem die Standards für neue Maßnahmen verschärft. Ein Beispiel: die A 44 Kassel–Eisenach. Als die Strecke nach der Wende geplant wurde, ging man von einem Kilometerpreis von acht Millionen Euro aus. Heute stehen wir bei über 30 Millionen.

Es ist also nicht das Bauen, sondern das Planen, das alles teurer macht?

Ja. Wir planen heute nicht mehr geradeaus von A nach B, sondern sozusagen um die Auflagen herum. Das verlängert die Verfahren und treibt die Kosten in die Höhe. Bei der eben erwähnten A 44 mussten wir sage und schreibe 62 Alternativen in Teilabschnitten untersuchen. Das Ergebnis: Stillstand bei der Infrastruktur.

Zugegeben, die Politik steht vor der schwierigen Aufgabe, zwei Dinge unter

einen Hut zu bringen: Die Bürger verlangen mehr Beteiligung, möchten aber auch, dass Bauvorhaben zügig umgesetzt werden. Wie ist diese Nuss zu knacken?

Zunächst einmal setzt nach jeder Planänderung eine neue Diskussion mit den Bürgern ein. Bei den Zeiträumen, von denen wir sprechen, diskutieren wir ein und dasselbe Projekt manchmal mit verschiedenen Generationen. Und zwar jedes Mal so, als würde es sich um etwas völlig Neues handeln. Das Problem ist derzeit: In jedem Planungsverfahren entsteht ein großer Mischmasch. Es werden allgemeine verkehrspolitische Argumente eingebracht und zugleich die individuellen Rechte der Betroffenen, also vor allem der Anlieger, ins Feld geführt.

Daran ist doch nichts Schlechtes. Die Fragen, ob eine Autobahn überhaupt benötigt wird und wo und wie genau sie gebaut wird, sind doch berechtigt.

Richtig, aber wir suchen die Antworten auf diese Fragen nicht effizient, weil wir die Sinnhaftigkeit eines Projektes auch noch dann diskutieren, wenn wir schon in der Detailplanung stecken. Deshalb sollten wir die Beteiligung der Gesellschaft vorverlagern und dem Vorhabenträger überlassen. Dann könnten wir im Vorfeld vieles klären. Die Bahn würde über eine neue Strecke also zunächst einmal mit allen sprechen. Das wäre – im Gegensatz zu heute – eine echte Bürgerbeteiligung. Es folgt eine Grundsatzentscheidung für oder gegen den Bau. In einer zweiten Stufe, im Rahmen der Detailplanung, werden dann nur noch die Anlieger gehört.

Sind die verkehrspolitischen Grundsatzfragen, die Sie ansprechen, nicht schon im Bundesverkehrswegeplan geregelt?



ZUR PERSON

Dieter Posch (FDP) war von 1999 bis 2003 und von 2009 bis 2012 Hessischer Staatsminister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung.

bandversorgung sehr früh als Thema erkannt. Es fehlt den Providern natürlich oft an der nötigen Kundenzahl, um ihre Investitionen zu rechtfertigen. Darum haben wir mit Bürgschaften geholfen. Nur braucht ein Investor natürlich auch eine Straße, um seine Produkte abzutransportieren – das dürfen wir nicht vergessen.

Lange Zeit galten ja Public-private-Partnerships als Königsweg aus dem Investitionsstau. Dabei trägt der private Partner die Verantwortung zur effizienten Erstellung der Leistung, während die öffentliche Hand dafür Sorge trägt, dass gemeinwohlorientierte Ziele beachtet werden.

Das Konzept der Public-private-Partnerships ist aus der Not geboren. Betriebswirtschaftlich gesehen werden Vorhaben, die auf dieser Form der Zusammenarbeit beruhen, sogar teurer. Der – auch wirtschaftliche – Vorteil liegt in der schnelleren Fertigstellung der Projekte. Diese Vorteile zeigen sich allerdings weniger in der Planungs-, sondern eher in der Realisierungsphase.

Eine Expertenkommission hat im Frühjahr einen „Bürgerfonds“ als Sammelstelle zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten angeregt. Daran könnten sich Arbeitnehmer über die vom Arbeitgeber mitbezahlten vermögenswirksamen Leistungen beteiligen und bessere Renditen als etwa bei Sparanlagen erzielen. Eine reizvolle Idee in Zeiten, in denen das Sparbuch nichts mehr bringt?

Der Grundgedanke, Großprojekte auf diese Weise privat zu finanzieren, ist sinnvoll und richtig. Allerdings hat dieses Thema eine gewisse Verwandtschaft zu Alexander Döbrindts Maut. Wir müssen erst einmal sehen, was aus dieser missglückten Idee wird. ●

Das ist ein weit verbreiteter Irrglaube. Der Bundestag legt im Rahmen des Bundesverkehrswegeplans nur fest, welcher Bedarf vorliegt. Ob die darin aufgezählten Projekte realisiert werden, ist damit nicht gesagt. Der Verkehrswegeplan ist ein Wunsch-dir-was-Katalog für die Wahlkreisabgeordneten im Bundestag – mehr nicht. Also muss man sich nicht wundern, wenn die Inhalte des Plans nicht abgearbeitet werden.

Wer sollte die Entscheidung über die Realisierung von Projekten treffen?

Ich plädiere dafür, dass auch diese Entscheidungen von Parlamenten getroffen werden. Beispiel Energiewende: Der Bundestag beschließt eine Nord-Süd-Trasse – aber nur im Grundsatz – und übergibt die Angelegenheit dann an den Stromnetzbetreiber Tennet und die Bundesnetzagentur. Dabei ist der Trassenverlauf politisch noch gar nicht geklärt. Der Bund mag seine Gründe haben, den Schwerpunkt der Energieerzeugung von Süd- nach Norddeutschland zu verlegen – dorthin, wo der Wind weht. Wenn es

aber darum geht, die Entscheidung politisch zu verantworten, macht er sich auf und davon. Die politischen Entscheidungsträger müssen Verantwortung übernehmen. Deshalb: Die notwendige gesellschaftliche Diskussion solcher Fragen hat im Planungsverfahren nichts zu suchen, sie sollte vorher abgeschlossen sein. Das eigentliche Planungsverfahren könnte dann wesentlich straffer durchgeführt werden.

Bringt uns der Sanierungsstau nicht in die Lage, dass für Infrastrukturprojekte kein Geld mehr übrig ist? Die Instandhaltung des Bestehenden kann man ja nur mit Mühe als Investition etikettieren ...

Die Diskussion „Sanierung statt Neubau“ halte ich für ziemlich unsinnig. Wir benötigen beides. Infrastruktur ist für mich keine Frage der Verkehrs-, sondern der Wirtschaftspolitik. Kein Unternehmen geht in den ländlichen Raum, wenn es dort keine Infrastruktur vorfindet. Und da ist es mit einer guten Straßenanbindung nicht getan. So haben wir in Hessen die Internet-Breit-



Auf der Überholspur

Zugegeben: Unsere Vergleiche sind nicht immer fair. Dennoch zeigen sie: In Deutschland ist eine Infrastruktur, die einer modernen Industrienation angemessen wäre, kaum zu erhalten, geschweige denn auszubauen. Andere Staaten verstehen Infrastruktur inzwischen weltweit als gute Investition – und gehen auf die Überholspur.

San Francisco ist nicht Hamburg

Die Idee ist eigentlich ganz einfach: Mit einer App werden Fahrgäste an Fahrer vermittelt. Dafür erhebt Uber eine Provision von 20 Prozent. Uber wurde 2009 ursprünglich als Limousinenservice in San Francisco gegründet und hatte 2013 einen Umsatz von 213 Millionen Dollar. Der Dienst kam bei den Kunden weltweit hervorragend an. Die Gründe dafür variieren je nach Standort. Mal war für die Kunden der günstigere Preis entscheidend, mal die Ver-

kürzung der Wartezeit auf einen Transport oder die höhere Dichte an Angeboten. Entscheidend für den Erfolg von Uber sind zwei Faktoren: Im Zeitalter der Digitalisierung lassen sich Fahrgäste einfach, zuverlässig und schnell mit einer App über das Smartphone vermitteln – personalintensive Funkzentralen braucht man nicht mehr. Und die gängigen Navigationssysteme machen umfangreiche Ortskenntnisprüfungen für die Fahrer überflüssig.

In Deutschland wurde Uber vor den Gerichten ausgebremst. Hier fordern die Experten der Monopolkommission eine Deregulierung des Marktes. Erste Stellungnahmen der Bundesregierung deuten jedoch darauf hin, dass das Recht der Personenbeförderung erst einmal auf dem Stand aus der vordigitalen Zeit bleibt.



Estland ist nicht Gütersloh

Estland nennt sich zu Recht „e-country“. Von Anfang an gab es in dem baltischen Staat eine große gesellschaftliche Offenheit für die Digitalisierung und den Willen der Politik, Nägel mit Köpfen zu machen – die dortige liberale Partei hat großen Anteil daran. Statt verschämter WLAN-für-alle-Kleinprojekte ist freier Zugang zum Internet in Estland fast flächendeckend möglich. Die Daten für die Steuererklärung werden vom Finanzamt automatisch bei Arbeitgebern, Banken und anderen Organisationen abgerufen. Die Bürger prüfen die Informationen und schicken das Formular ab. Zwei Tage danach sind die Rückzahlungen auf dem Konto. Kein Wunder, dass inzwischen 90 Prozent der Bürger ihre Steuererklärung online erledigen. Und die Esten

können jederzeit sehen, wer ihre Daten wann abgerufen hat. Wenn es dafür keinen triftigen Grund gibt, steht der Rechtsweg offen. Auch die Staatsausgaben werden in Echtzeit im Netz veröffentlicht. Die elektronische Patientenakte gibt es schon längst – aber nicht gegen den Willen des Patienten. Und im Supermarkt oder an der Kinokasse zahlen die Esten mit dem Handy.

Das Pilotprojekt „Modellkommune E-Government“ des Bundes wurde 2014 mit Gütersloh und Düren sowie dem Landkreis Cochem-Zell gestartet. Am Ende soll ein Leitfaden „Weg zur E-Government-Kommune“ als Handreichung für Kommunen erarbeitet werden (Ende 2016).



Rhône-Tal ist nicht Fehmarnbelt

Das südfranzösische Städtchen Millau war lange Zeit berühmt-berüchtigt für seine gigantischen sommerlichen Verkehrsstaus. Das lag an der Unterbrechung der Autobahn A75 an dieser Stelle durch das tiefe Tal des Flusses Tarn. Seit Ende 2014 ist es damit vorbei dank einer von Norman Foster entworfenen Brücke der Superlative: Sie ist 2.460 Meter lang und 343 Meter hoch – die zum Zeitpunkt der Eröffnung höchste Brücke der Welt, höher als der Eiffelturm. Daneben ist sie auch die längste Multi-Schrägseilbrücke der Welt. Die Rhône-

ne-Autobahn, eine von zwei zentralen Nord-Süd-Verbindungen des Landes, ist seitdem nicht mehr der Schrecken der Autofahrer. Mehr als 20 Jahre vergingen mit der Planung verschiedener Streckenführungen, der Sondierung des Terrains und der Ausarbeitung von Entwürfen. 2001 wurde der Grundstein gelegt, 2014 war Eröffnung. Das Bauunternehmen trug die Kosten des Brückenbaus von rund 400 Millionen Euro und erhielt dafür über 75 Jahre die Mautkonzession für die Brückenüberfahrt zugestanden. Danach geht das

Bauwerk in Staatsbesitz über. Die Firma ist bis dahin auch für den Unterhalt der Brücke zuständig. Übrigens: Auf die Struktur der Brücke gibt es eine Garantie. Laufzeit: 120 Jahre.

Geplanter Tunnel unter dem Fehmarnbelt zwischen Dänemark und Deutschland: Kabinettsbeschluss in Kiel 1999. Wegen gravierender Planungsänderungen vor allem auf deutscher Seite wird mit einer Tunnelöffnung nicht vor 2024 gerechnet. Ursprünglich geplant war 2021.

Istanbul ist nicht Berlin

Kaum ein Land investiert so stark in seine Infrastruktur wie die Türkei – allerdings steht dabei Istanbul im Mittelpunkt. Die U-Bahn- und Straßen-Untertunnelung des Bosphorus sowie die dritte Bosphorusbrücke sind gigantische Projekte. Aber jeder, der sich schon einmal in Istanbul mit einer der zahlreichen Fähren über die Meerenge gemüht hat, weiß, wie sinnvoll sie sind. Mit dem neuen Großflughafen im Norden der Stadt will die Türkei dagegen nichts reparieren, sondern den Markt der Fernflüge vor allem zwischen Europa und Asien aufmischen. Hier machen derzeit die Golf-Airlines das Geschäft. In Zukunft sollen Europäer und Asiaten nach dem Willen Ankaras statt in Dubai in Istanbul umsteigen. Trumpf der halbstaatlichen Turkish Airlines dabei: Für die Zubringerflüge von und nach Europa benötigt sie keine großen und teuren

Langstreckenflugzeuge. Und weil die Flüge ohnehin schon von vielen in Westeuropa lebenden Türken gebucht werden, lohnt es sich für Turkish Airlines, auch kleinere Airports wie Friedrichshafen oder Münster/Osnabrück anzufliiegen. Das erfordert einen Großflughafen. Grundsteinlegung war 2014, bereits 2018 soll der Airport mit einer Kapazität von 90 Millionen Passagieren ans Netz gehen. Der Ausbau auf eine Kapazität von 150 Millionen ist schon geplant. Dann wird Istanbul über den größten Flughafen der Welt verfügen.

Hauptstadt-Flughafen Berlin-Brandenburg: Spatenstich 2006, Eröffnung geplant für 2007, dann 2011, 2012, 2013, nunmehr (vielleicht) 2017. Geplante Kapazität: 27 Millionen Passagiere. Passagiere an den alten Berliner Airports 2014: 28 Millionen.



Wir müssen in Bewegung bleiben

Der Schriftsteller Wladimir Kaminer schreibt für *liberal* über die Infrastruktur in der Sowjetunion und die in der Bundesrepublik.

// TEXT // **WLADIMIR KAMINER**



In meiner Heimat wurde die Infrastruktur des Landes der Ideologie unterstellt, sie diente der Stärkung des Regimes, nicht dem Bürgerwohl. Das beste Beispiel dafür war die sowjetische Weltraumforschung; man bekam das Gefühl, es wäre einfacher, einen fremden Planeten zu erreichen als die eigene Oma hundert Kilometer von Moskau entfernt zu besuchen. Beinahe jede Woche flogen unsere Kosmonauten ins All. Da oben hingen sie an speziellen Schläuchen und winkten uns in den Abendnachrichten aus dem Fernseher zu.

Dabei konnte man sich durch die kaputten Straßen der Hauptstadt kaum bewegen, und jenseits von Moskau brauchte man einen Traktor, um voranzukommen. Als wäre unser Staat daran interessiert gewesen, dass wir uns so wenig wie möglich von der Stelle rühren. Die Verkehrsinfrastruktur löste sich im Nebel der Ungewissheit auf, an jeder

Haltestelle, an jedem Busbahnhof versammelten sich Menschen und warteten. Niemand wusste genau, wann welche Busse wohin fahren. Für die Autofahrer konnte jede Fahrt die letzte sein. Unsere Pfützen waren nämlich nicht immer das, was sie schienen. Manche verschluckte manches Auto, ohne dass es groß spritzte.

Das gleiche Chaos herrschte im Zugverkehr. Ob der Zug tatsächlich an den angekündigten Städten vorbeifuhr, wusste nicht einmal der Lokführer selbst. Die Liebhaber des Fliegens übernachteten oft auf den Flughäfen, weil ihre Flüge gestrichen worden waren. Nach den Ursachen der Ausfälle zu fragen gehörte sich nicht, überhaupt waren Fragen im Sozialismus verpönt, sie könnten womöglich als Zeichen der Unzufriedenheit mit dem Regime gedeutet werden. Offiziell lebten wir immerhin im glücklichsten Land der Erde.

Also passten sich die Bürger den Bedingungen an, bauten ihre Autos zu Jeeps um und versuchten, unbekannte Pfützen zu meiden. Um ihren Frust über diese Situation loszuwerden, erzählten sie sich hinter vorgehaltener Hand Witze über die sowjetischen Kosmonauten und ihre Flüge. „Die Führung des Landes plant einen neuen Start, um den Amerikanern zu zeigen, wer im Weltall der Boss ist. Die Amerikaner fliegen zum Mond, also werden wir gleich zur Sonne fliegen, sagt die Führung. Die Kosmonauten erschrecken. Da verbrennen wir doch! Wir sind nicht blöd, sagt die Führung, wir werden nachts fliegen.“

Menschen als Immobilien des Staates

Man konnte sich in der Sowjetunion kaum bewegen, wir lebten in einer geschlossenen Gesellschaft; vom Ausland abgeschottet, inländisch durch die kaputten Straßen und Wege voneinander abgeschnitten, waren wir im Grunde Immobilien des Staates. Sogar die Kosmonauten da oben drehten sich nur im Kreis. Ebenso war unsere Ideologie

aufgelegt: ein ewig fortdauernder Weg zum Kommunismus ohne Essenspausen, niemand sprach davon, dass man unterwegs manchmal auch Hunger hat. Dabei war baldiges Ankommen nicht vorgesehen.

Die Energieversorgung der Bevölkerung erfolgte ebenfalls auf Befehl des Staates ohne Rücksicht auf das Wetter. Jedes Jahr, ganz egal wie kalt oder warm es draußen war, wurde am ersten Herbsttag die Zentralheizung in allen Wohnungen des Landes angestellt und am ersten Frühlingstag wieder aus.

Ich hielt diese Ordnung nie für die beste der Welt. Als sich 1990 die Möglichkeit ergab, Moskau zu verlassen, fuhr ich nach Deutschland, nach Ostberlin. Der Zug, mit dem ich nach Deutschland kam, hatte zwei Stunden Verspätung, es war eben ein Montagszug. Diese Verspätung kratzte nicht am deutschen Ruf der „Pünktlichkeit“, ihre Ursache war der Räderwechsel. Die russischen Gleise sind breiter als die europäischen. Das wurde noch zu zaristischen Zeiten gemacht, aus Verteidigungsgründen, damit die Deutschen nicht in kriegerischer Absicht Russland mit ihren Eisenbahnen überrumpeln. Jeder russische Zug bleibt deswegen für einige Zeit an der Grenze stehen, bis er neue Achsen bekommt, die zu den europäischen Gleisen passen. Das kann sehr schnell oder gar nicht gehen, es hängt ganz und gar von der Laune des russischen Schienenaufsehers ab. Hat er gute Laune, schreit er die Arbeiter wie verrückt an, läuft ihnen hinterher und schaut, dass sie ihren Job möglichst schnell erledigen. Damals fuhren die Züge dreimal die Woche, man munkelte, die Freitagszüge wären die schnellsten, weil der Schienenaufseher schnell ins Wochenende wollte. Die Montagszüge dagegen dauerten länger als geplant, so als würde der Aufseher den Passagieren die ganze Sinnlosigkeit ihres Reiseunternehmens, gar des ganzen Lebens, bewusst machen wollen. Die Mittwochszüge waren reine Glückssache.

Berlin blieb mir vom ersten Tag an als Hauptstadt der Baustellen in Erinnerung. Überall an den Kreuzungen wurden tiefe Gruben ausgehoben, die Straßenbahnschienen erneuert, die Straßen asphaltiert, die

Häuser geplant und neue hochgezogen. Ich dachte, vor meinen Augen entstehe eine neue Stadt, bald werden sie fertig sein und statt ihrer schrecklichen Öfen vernünftige Zentralheizungen eingebaut haben, die man zentral im Bundeskanzleramt ein- und ausschalten kann. Das ewige Kohlschleppen würde dann vorbei sein. Inzwischen wohne ich seit einem Vierteljahrhundert hier und weiß nicht nur vom Hörensagen: Sie werden nie fertig sein.

Deutschland ist eine Baustelle

Mehr noch, Deutschland ist eine Baustelle, das ist der normale Zustand des Landes. Im öffentlichen Verkehr ist diese These leicht zu erhärten. Als Lesereisender Erzähler bin ich seit dem vorigen Jahrhundert jede Woche in Deutschland unterwegs. Ich fliege, fahre viel Zug, manchmal, wenn ich eine Lesung in Brandenburg habe, also nicht weit von meiner Haustür in Berlin entfernt, fahre ich mit dem Auto. Zu manchen Lesungen fahre ich mit der Straßenbahn oder gehe zu Fuß.

Demokratie ist ein ständiges Basteln an der Infrastruktur.

Ich weiß die deutsche Infrastruktur zu schätzen. Die deutsche Bahn, die mein zweites Zuhause geworden ist, wird nicht vom lieben Gott, sondern von Menschen gelenkt, und Menschen haben Macken. Von daher weiß ich, bei dreimal Umsteigen ist die Wahrscheinlichkeit, pünktlich anzukommen, nahe null. Auf manchen Strecken ist die Bahn überfüllt, auf manch anderen kann man stundenlang nur Schrebergärten aus dem Fenster beobachten. Doch bei allen ihren Nachteilen hat die Bahn einen ganz klaren Vorteil: Sie fährt. Dass in einer europäischen Hauptstadt ein funktionierender Flughafen geschlossen wird zugunsten eines neuen, den es noch gar nicht gibt, ist allerdings peinlich.

Ich glaube, die Entwicklung der Infrastruktur hat mit der Wandlungsfähigkeit des Landes zu tun. Die Chinesen haben die

Industrialisierung ihres Landes damit begonnen, dass sie einen Löwenanteil ihrer Staatseinnahmen in den Straßenbau investierten. Über diese Straßen siedelte die Kommunistische Partei Chinas fast eine halbe Milliarde Bauern vom Land in die Städte um, gab ihnen eine neue Lebensperspektive, ein neues Selbstwertgefühl. Die russische Führung hatte dagegen schon immer Bedenken, dass ihr Volk die Infrastruktur nutzen könnte, um abzuhaufen. Sie waren gar nicht weit von der Wahrheit entfernt. Mein Großvater hat die schlimmen Zeiten des stalinistischen Terrors nur dadurch überstanden, dass er mit dem Zug von Stadt zu Stadt pilgerte. Wenn in einer Stadt Massenverhaftungen angingen, kaufte mein Großvater schnell eine Platzkarte, stieg in den nächstbesten Zug und fuhr woanders hin. Unterwegs hat er nicht wenige Reisende kennengelernt, die ihr Überleben auf die gleiche Art sicherten.

Infrastruktur ist nichts anderes als Brücken in die Zukunft. Einmal hörte ich den

Bundespräsidenten. Er sprach über Demokratie, als wäre sie ein Fertigprodukt, ein Salat aus Werten und Vorstellungen, die jeder Bürger verinnerlichen soll wie ein Fisch den Haken mit dem Wurm verinnerlicht. Ich halte nichts von dieser Darstellung. Ich glaube, die Demokratie ist ein ständiges Basteln an der technischen und sozialen Infrastruktur des Landes, ein Prozess der unablässigen demokratischen Erneuerung der Gesellschaft. Nur flexible Staaten, die sich den neuen Anforderungen anpassen, haben eine Überlebensperspektive. Wie die Ärzte sagen: Wir müssen in Bewegung bleiben. ●

WLADIMIR KAMINER, 48, privat ein Russe, beruflich deutscher Schriftsteller, wohnt in Berlin. Sein aktuelles Buch: „Das Leben ist (k)eine Kunst“, ist bei Manhattan erschienen. redaktion@libmag.de





11. Februar 2015

Wer mit Bahn oder Auto durch deutsche Lande fährt, hat selten freie Fahrt. Viele Langsamfahrstellen auf der Schiene oder Tempolimits auf der Straße sind dem maroden Zustand von Fahrbahndecken und Gleisen geschuldet. Die Republik fährt auf Verschleiß. Den Investitionsstau hat im Frühjahr erstmals eine Expertenkommission beziffert – mit 90 Milliarden Euro. Zum Symbol für die Zustände wurde in diesem Jahr die Schiersteiner Brücke, die Mainz und Wiesbaden verbindet. Sie musste im Februar komplett gesperrt werden, weil sich die Fahrbahn abgesenkt hatte. Als Grund dafür stellte sich zwar ein Bauunfall heraus, dennoch machte der Zwischenfall deutlich, wie abhängig wir von unserer Infrastruktur sind: Das folgende Verkehrschaos konnte auch durch zusätzliche Züge und improvisierte Rhein-Fähren kaum gemildert werden. Für den Schwerlastverkehr ist die Brücke auch heute noch gesperrt. Die IHK Wiesbaden rechnete aus, dass einem aufs Jahr hochgerechneten Schaden durch die Sperrung der Brücke von 312 Millionen Euro Baukosten von 216 Millionen Euro gegenüberstehen. Hier gilt wie fast überall: Es wird gebaut, aber deutlich zu wenig und viel zu spät. Nur in einer Hinsicht erwies sich das Brückenchaos am Rhein als produktiv: Der Karnevalist Nick Benjamin landete mit „Der Brigg geht's nedd gut“ den Karnevalshit 2015 in Mainz – bezeichnenderweise schon getextet, bevor die Schiersteiner Brücke gesperrt wurde.

Foto: Boris Roessler/picture alliance/dpa



FUNDSTÜCK

HEISSE LUFT

In mehreren Hauptstadt-Toiletten wurde dieser Aufkleber auf Handrocknergeräten gesichtet.

WUTPROBE

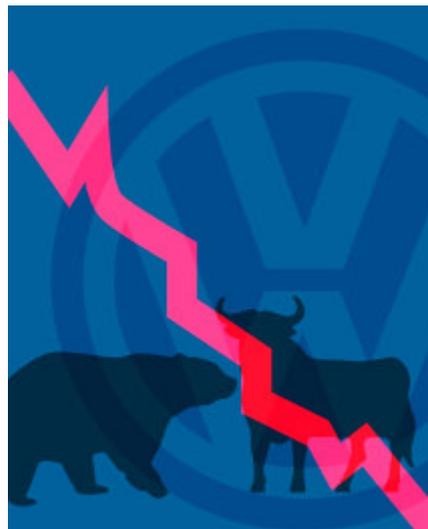
Mündelsicher

// TEXT // DAVID HARNASCH

// ILLUSTRATION // ERNST MERHEIM

14 Prozent der Deutschen besitzen Aktien oder Aktienfonds. Oder anders: 86 Prozent besitzen keine. Kein Wunder, dass „die Wirtschaft“ beziehungsweise „die Konzerne“ unter Generalverdacht stehen bei Leuten, die an deren Erfolg möglichst indirekt partizipieren wollen: idealerweise nach der steuerlichen Umverteilung als Beamter oder wenigstens als gewerkschaftlich organisierter, abhängig beschäftigter Lohnempfänger.

Eine ganze Generation Berufstätiger schuftet seit 20 Jahren in der traurigen Gewissheit, dass ihre Einzahlungen in das staatliche Rentensystem stark negativ verzinst werden. Dank der Nullzinspolitik fällt auch die private Lebensversicherung die Versorgungslücke nicht. Aber statt in Aktien zu investieren, verschulden sich die Leute über beide Ohren und bis ans voraussichtliche Ende ihres Berufslebens und pusten kräftig in die Immobilienblase, die Normalverdiener aus den Innenstadtlagen vertreibt



und Anlagesicherheit auch nur vorgaukelt. Der DAX rentiert derweil über Jahrzehnte prächtig. Warum investiert der Deutsche dann so irrational?

Vielleicht weil er abends die Tagesschau einschaltet und dort erfährt, dass VW von 253 Euro im März auf 92 Euro im Oktober abgestürzt ist. Fresenius stieg im gleichen Zeitraum um 25 Prozent, aber das macht natürlich weniger Schlagzeilen als der Skandal um das Vorzeigeunternehmen der deutschen Automobilindustrie. In einer ordentlich kontrollierten Firma wäre solch

kriminelles Managementverhalten nicht möglich gewesen. Doch bei VW ist ordentliche Kontrolle offensichtlich nicht möglich. Das Land Niedersachsen hat per VW-Gesetz eine Sperrminorität im Aufsichtsrat und kommt aus der Verantwortung für die Katastrophe so wenig heraus wie die Arbeitnehmervertreter. Von der verschwisterten Porsche Holding ist naturgemäß ebenso wenig konstruktive Kritik zu erwarten wie vom nächstkleineren Einzelaktionär, der Qatar Holding – bei dem Namen assoziiert man nicht direkt Unbestechlichkeit und transparentes Wirtschaften.

Der letzte vergleichbar effektive Schlag gegen die Aktienkultur liegt 15 Jahre zurück: Damals engagierte der Bund Manfred Krug, um den Deutschen in allen TV-Werbeblöcken die Aktien eines Unternehmens anzu-drehen, dem sie zur selben Zeit als Kunden in Scharen entflohen: Mit der „Volksaktie“ des ehemaligen Staatsunternehmens Telekom konnte man bis zu 90 Prozent seines Vermögens versenken. ●

L'état - c'est moi!

„Warum kann der Staat die zusätzlichen Steuereinnahmen nicht an seine Bürger zurückgeben?“ Diese Frage stellte Ende August Joachim Huber im *Tagesspiegel*. Bei der Wahl zum „Autor der Freiheit“ bekam er im **September** 60 Prozent der Stimmen der *liberal*-Leser.



ZUR PERSON

DR. JOACHIM HUBER, Jahrgang 1958, arbeitet seit Oktober 1990 beim *Tagesspiegel* in Berlin. Zunächst als Redakteur im Ressort Fernsehen und Radio, mittlerweile als Leiter des Ressorts Medien (Fernsehen, Radio, Print, Online).

Stimmen auch Sie jeden Monat über die Autoren der Freiheit ab unter libmag.de

Hurra, wir leben in einem Land, wo Milch und Honig fließen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble rechnet mit einem Überschuss von etwa fünf Milliarden Euro im Haushalt 2015. Der Etat des Bundes sieht keine neuen Schulden vor, das dicke Plus fließt, so schreibt es die Haushaltsordnung vor, in die Schuldentilgung. Deutschland ist doch kein Land, in dem Milch und Honig fließen, sondern ein Land, in dem der Staat nimmt, was er kriegen kann.

Er tut das nicht aus Arroganz, er tut es, weil die überragende Mehrheit der Bürger die Gier des Staates wenigstens hinnimmt. Die deutsche Gesellschaft ist zunehmend agnostisch orientiert, zugleich wurde eine neue Religion kreiert und akzeptiert: die Staatsgläubigkeit. Staat ist gut, Staat regelt, Staat versorgt. Vater und Mutter Staat kümmern sich um die Bürgerlein von der Wiege bis zur Bahre. Wehe allerdings, wenn nicht, dann wird geschrien, gefordert, protestiert.

Es wird für die Politik ein Leichtes sein, den prognostizierten Überschuss in neue Ausgaben zu verwandeln. Die Gießkannen stehen schon bereit: Der steuerliche Grundbetrag wird leicht angehoben, ebenso der Kinderfreibetrag, das Kindergeld und der Kinderzuschlag. Die schleichende Steuererhöhung im Kontext der kalten Progression wird eingedämmt. Es läuft auf ein Nullsummenspiel hinaus: Aus dem Überschuss wird die „Schwarze Null“ gebildet. Geben, ausgeben, das Perpetuum mobile dreht sich eben unendlich.

Ich möchte aus der Unmündigkeit entlassen werden. Wieso und woher weiß der Staat immer besser, wie er mein (Steuer-)Geld ausgeben soll? Habe ich mich als derart unfähig bis unmündig erwiesen, dass ich auch in

Gelddingen betreut werden muss? Der Staat versteht sich famos auf die „Schwarze Finanzpädagogik“. Nun gut, es wehrt sich auch kaum einer, wenn er als inoffizieller Staatsdiener schuffen und zahlen darf.

Der Staat kann investieren: Die Infrastruktur im Land beweist, wie gut das funktioniert. Er kann mit meinem Geld Schulden tilgen: Ich kann mich nicht so recht daran erinnern, dass ich ihn zum Schuldenmachen gezwungen habe. Er kann mir Geld zurückzahlen: Ich konsumiere, also bin ich. Nur ein stupider Hedonist, der in Milch und Honig baden möchte?

Nein, etwas anderes, vielleicht Größeres steckt dahinter. Ich möchte, wenigstens ein Stück weit, aus der vom Staat und von der Majorität der Bürger dekretierten Unmündigkeit entlassen werden. Bin im Gegenzug bereit, mich mehr um mich selbst zu kümmern. Mehr an Geld heißt mehr Verantwortungsbewusstsein, mehr Eigeninitiative, mehr individuelles Nachdenken über Investition und Konsum. In meiner Einheit, in meiner Existenz bin ich mein eigener Kleinstaat.

Wo bleiben da die anderen, wenn alle nur in der geschilderten Weise an sich denken? Die Alleinerziehenden, die Alten, die Kranken, die Flüchtlinge? Sie alle befinden sich in ihren prekären Situationen, obwohl die dafür gedachten und gemachten staatlichen Ausgaben dank der Steuereinnahmen ständig gestiegen sind und weiter steigen werden. Der Staat mit seinen Institutionen muss jede unverschuldete Not lindern helfen. Auch mit meinem Geld, auch mit meinen Steuern. Zugleich muss er mich in die Lage versetzen, zu lindern, zu helfen. Mit meinem Geld und damit mit den Steuern, die mir nicht abverlangt wurden. Ich bin kein größerer Egoist, als der Staat einer ist. ●

Unternehmen Kloster

„MÜSSIGGANG IST DER SEELE FEIND.“

(Kap. 48, 1 – aus den Regeln des Heiligen Benedikt)





// TEXT // CHRISTINE MATTAUCH

Wenn Pater Valentin den Altar der Andechser Wallfahrtskirche quert, beugt er das Knie vor der Mutter Gottes. Und vor einer Maus. 1388 war sie im Gottesdienst aufgetaucht, einen Reliquienzettel zwischen den Zähnen. Da wusste man, wo man graben musste, um den verschollenen Reliquienschatz zu finden, die Heiligen Drei Hostien und den Zweig aus Jesus' Dornenkrone. Mit dem Schatz kamen die Pilger, der Durst, das Bier. Deshalb haben die Mönche der Maus ein Denkmal gesetzt, versteckt in der untersten Altarstufe.

Die Maus, die den Wohlstand brachte: Pater Valentin, 46 Jahre, schwarze Kutte, kleiner Unterlippenbart, hat zu ihr eine besondere Beziehung. Elf Jahre hat er in der Abtei Sankt Bonifaz, zu der Andechs gehört, das Unternehmen Kloster verwaltet. Als Cellerar, wie bei den Benediktinern die Wirtschaftsleiter heißen. Der Job ist eine Gratwanderung, ein ständiges Ringen um die Balance zwischen Religion und Welt, Geist und Geld. „Es gibt für mich schon eine Diskrepanz zwischen wirtschaftlichem Auftrag und klösterlichem Leben“, sagt Pater Valentin.

Einerseits ist Andechs Heimat für sechs Benediktiner-Mönche und Ort der Wallfahrtskirche, die jährlich rund 30.000 Pilger besuchen. Andererseits ist das Kloster auf dem Heiligen Berg ein florierender Wirtschaftsbetrieb. Mit einer weit über die Grenzen Bayerns hinaus bekannten Brauerei. Einem Biergarten und Gasthof mit annähernd 2.000 Plätzen und jährlich rund einer Million Gästen.

Es gibt eine Brennerei, eine Metzgerei, einen Klosterladen und Ökolandwirtschaft auf 150 Hektar. Überdies werden Räume an Firmen und Vereine vermietet. 220 Angestellte arbeiten für das Unternehmen Kloster.

Geht das? Dem Herrn dienen und zugleich dem Markt? Gibt es so etwas wie einen gottgefälligen Preis? Sorgt nicht der Wettbewerb dafür, dass das Unternehmen nach den gleichen Regeln wirtschaften muss wie seine privaten Konkurrenten?



Foto: die bildstelle



Pater Valentin rauscht ins Sprechzimmer links hinter der Klosterpforte, dort, wo die Mönche Besuch empfangen. Nimmt Platz auf einem gestreiften Rokokosofa, über sich ein Ölbild des Heiligen Benedikt. Pater Valentin hat es sich nicht leicht gemacht, 2003, als er die Verantwortung als Cellerar übernahm: „Die Leute erwarteten, dass ich Manager spielen würde. Aber ich wollte den Wallfahrtsgedanken stärken.“ Heimat geben, die Klosteridentität wahren. Nicht so tun, als wäre man ein x-beliebiges Unternehmen. „Wenn der Strudel einsetzt, geht es rasch nach unten.“

Die Brauerei ist das wichtigste Standbein

Damit glauben sie in Andechs Erfahrung zu haben. Pater Valentins Vorgänger, der charismatische Anselm Bilgri, vermarktete das Kloster nach allen Regeln der Kunst, vergab Produktlizenzen, entwickelte ein Gaststätten-Franchise-System, wollte Hotel und Golfplatz bauen. War das zu viel? „Es ist mir vorgeworfen worden“, sagt Bilgri vorsichtig. In Andechs sagen sie, er habe den Überblick verloren. Nach einer Niederlage bei der Abtwahl verließ er den Orden und gründete in München eine Unternehmensberatung.

Mit seinem Nachfolger schwang das Pendel zurück. Pater Valentin löste sämtliche Darlehen ab und machte Andechs schuldenfrei. Er durchleuchtete die Vermögensanlagen und verkaufte den größten Teil der Aktien, denn „an der Börse geht es ja zu wie im Lotto“. Er sorgte auch dafür, dass die Brauerei modernisiert wurde, und sicherte so das wirtschaftliche Fundament der Abtei. Ein konservativer Kurs. Zu konservativ?

In den vergangenen Monaten hat die Abtei neue Positionen geschaffen, etwa die eines Kaufmännischen Leiters und eines Vertriebschefs. Weltliche Mitarbeiter, die nicht einmal katholisch sein müssen, womit der Orden liberaler ist als die Kirche. Pater Valentin verfolgt die Entwicklung mit einer gewissen Sorge. Schaffen es die Weltlichen, den Geist des Klosters zu bewahren? „Es ist wichtig, dass alles mit uns rückgekoppelt wird.“ Mit „uns“ meint er den Konvent der Mönche, dem außer den Andechsern noch zwölf Brüder aus München angehören.

Seit Benedikt von Nursia im Jahr 529 das erste Kloster gründete, auf dem italienischen Monte Cassino, gilt seine berühmte Regel: „Sie sind dann wirklich Mönche, wenn sie wie unsere Väter und die Apostel von ihrer Hände Arbeit leben.“ Der Orden erhält keine Kirchensteuer, sondern finanziert sich komplett selbst. Der Auftrag machte die Benediktiner zum wirtschaftlich erfolgreichsten Orden. Die Brüder und Schwes-

tern brauen Bier, brennen Schnaps und betreiben Landwirtschaft. Starke Marken sind so über die Jahrhunderte entstanden: Klosterbitter aus Niederaltaich, Ettaler Kräutertee, Schäftlarnner Honig. Am bekanntesten aber ist das Andechser Klosterbier, gebraut und abgefüllt in den Wirtschaftsgebäuden am Fuße des Heiligen Bergs.

80 Prozent der Einnahmen des Klosters werden dort erwirtschaftet. Der Bierausstoß liegt bei mehr als 100.000 Hektolitern im Jahr, zwölf Prozent gehen ins Ausland: nach Italien, in die USA, nach Russland. Die Deutschen trinken immer weniger Bier. Deshalb ist Wolfgang Schäff als Verkaufsleiter eingestellt worden, 45 Jahre alt und gelernter Industriekaufmann. In Andechs hat er den Auftrag, den Exportanteil zu erhöhen, eine dankbare Aufgabe, findet er: „Das Schöne an der Marke ist ihre Glaubwürdigkeit und dass sie nie verramscht wurde“ – so wie andere Biere, die ihren Premiumvorteil verspielten, als sie in den Massenmarkt drückten. Niemals würde das der Konvent zulassen. Was Markenführung bedeutet, wissen die



**„NICHT STOLZ SEIN, NICHT TRUNKSÜCHTIG,
NICHT GEFRÄSSIG, NICHT SCHLAFSÜCHTIG,
NICHT FAUL SEIN.“**

(Kap. 4, 34-38)



Mönche sehr genau. Als Kloster genießen sie einen gewaltigen Wettbewerbsvorteil, weil die Religion selbst banalen Produkten einen überirdischen Touch verleiht. Der Konvent steht dadurch freilich unter dem Druck, glaubwürdig zu bleiben, vor den gnädigen Augen Gottes und dem unbarmherzigen Blick der Kundschaft. Es kann der Marke schaden, wenn die Öffentlichkeit die Geschäftsführung für zu professionell hält, wenn sie ununterscheidbar wird von der von Privatunternehmen. Die Menschen möchten, dass mönchische Manager das sind, was sie im Wirtschaftsleben vermissen: moralisch, ehrlich, großzügig, liebenswert. Und vergessen dabei, dass auch ein Klosterbetrieb im Wettbewerb steht, wo der Spielraum für gute Taten begrenzt ist.

Warum machen die Mönche das?

Da gab es zum Beispiel den mit harten Bandagen bis zum Bundesgerichtshof ausgetragenen Streit um Markenrechte mit der Molkerei Scheitz, die unten im Dorf Käse, Milch und Joghurt unter dem Namen „Andechser Natur“ herstellt. Das Kloster sah Verwechslungsgefahr mit dem eigenen Logo. Umgekehrt wollte die Molkerei nicht akzeptieren, dass die Abtei Käse produziert. „Bei jedem anderen Unternehmen hätten die Leute gesagt: Ist für beide wichtig, müssen sie eben klären“, sagt Christian Rieger, der neue Kaufmännische Leiter. „Weil es aber Andechs war, sagten sie, warum machen die Mönche das?“

Weil es Andechs ist, erwarten die Leute eine besonders hohe Qualität der Produkte, Investitionen in die Umwelt, Wertschätzung den Mitarbeitern gegenüber, soziales und kulturelles Engagement. Premium in jeder Hinsicht. Deshalb sind sie bereit, für eine Kiste Andechser 16,99 Euro zu zahlen. Trotzdem wird Abt Johannes immer wieder Kapitel 57 der Benedikt-Regel vorgehalten: „Bei der Festlegung der Preise darf sich das Übel der Habgier nicht einschleichen. Man verkaufe sogar immer etwas billiger, als es sonst außerhalb des Klosters möglich ist.“ Der Abt pflegt darauf seinen Vorvorgänger zu zitieren: „Wir können es nicht billiger abgeben, aber wir geben es besser ab.“

Wer das bezweifelt, begleite Braumeister Alexander Reiss und höre, wie dieser über die junge Hefe spricht, die behutsam an den Alkohol gewöhnt werden muss, damit sie nicht unter Stress gerät und Kopfwahl-Bier produziert. Er lasse sich das aufwendige Brauverfahren mit Teilmaische und Zweitankverfahren erklären und die Umkehrosmose, mit der das Voralpenwasser umweltfreundlich enthärtet wird. Der 44-Jährige hat schon bei Weihenstephan gearbeitet,



**„IST EINER STREITSÜCHTIG!
SO WERDE ER ZURECHTGEWIESEN.“**

(Kap. 71, 5)

beim Augustiner und beim Allgäuer Brauhaus, das zur Radeberger-Gruppe gehört. Aus seiner Sicht ist Andechser nicht zu toppen: „Das ist hier eine super Tradition mit allem Drum und Dran. In der freien Wirtschaft interessiert sich mancher Chef mehr für seinen Porsche.“ Stolz demonstriert er die neue Kohlendioxid-Rückgewinnungsanlage: Das CO₂ aus der Gärung wird aufgefangen und bei der Herstellung hausgemachter Limonaden verwendet. Mehr als eine halbe Million Euro habe die Anlage gekostet. „Das rechnet sich nicht, aber die Mönche fanden es richtig.“

Häufiger als man denkt ergänzen sich kaufmännische Sicht und Moral. So wird, trotz ständiger Anfragen, kein Bier nach China exportiert. Vertriebschef Schäff scheidet die Risiken des unbekanntes Marktes. Pater Valentin sagt: „Es gibt auch Grenzen, mit welchem Regime man Geschäfte macht.“ In der Ausflugsgaststätte „Bräustüberl!“ ist um 20 Uhr Schankschluss, damit zeitig Ruhe einkehrt am Heiligen Berg. Die Mönche beginnen ihr Abendgebet, die Komplet, um halb acht. „Zwar entgehen uns dadurch Einnahmen“, sagt eine Führungskraft, „doch es zahlt ein aufs Konto Glaubwürdigkeit.“

Die Lebensdauer eines Benediktinerklosters liegt zwischen 460 und 600 Jahren, fand eine Forscher-



»

**„SIE SIND DANN WIRKLICH MÖNCHE,
WENN SIE WIE UNSERE VÄTER UND DIE APOSTEL
VON IHRER HÄNDE ARBEIT LEBEN.“**

(Kap. 48, 8)



gruppe an der Uni Zürich um den Ökonomen Bruno Frey heraus. Das ist etwa zehnmals so lang wie die von Privatfirmen. In Klosterbetrieben gibt es eben keine Boni, die ausgezahlt werden, wenn der Quartalsgewinn hoch ist. Keine Erben, die ihre Anteile mit Gewinn verkaufen, um sich ein schönes Leben zu machen. „Den Abteien gelingt es trotz ungezählter Krisen und Brüche, sich mit ihrer Organisation den wandelnden Zeiten anzupassen, ohne die gewachsene Tradition aufzugeben“, schreiben die Wissenschaftler.

Einen Grund sehen sie in der Machtbegrenzung: „Anders als in den meisten Unternehmen besitzen die Mönche substanzielle Teilhaberrechte und vermögen die Führungskräfte zu kontrollieren und zu disziplinieren.“ Der Abt wird demokratisch gewählt und hat im Konvent kein Stimmrecht. Und wenn im Andechser Kapitelsaal ein wichtiger Beschluss ansteht, werden die postkartengroßen Wahlzettel aus dem mächtigen Eichenschrank geholt, die mit Wappen und Ja- und Nein-Feldern zum Ankreuzen versehen sind. Geheime Abstimmung. Welcher CEO würde das akzeptieren?

Trotzdem gibt es Widersprüche. Der Konvent beauftragt bei der Suche nach einem Kaufmännischen Leiter wie selbstverständlich einen Headhunter, weigert sich aber, den Umsatz der Wirtschaftsbetriebe zu veröffentlichen, was sich nur schwer mit unternehmerischer Professionalität verträgt. „Gottvertrauen kann Transparenz nicht ersetzen“, kritisiert Morten Huse, Professor für Wirtschaftsethik an der Universität Witten-Herdecke.

Für sich selbst brauchen und wollen die Mönche nicht viel, ihre Zellen haben nicht einmal Duschen. Doch die historischen Gebäude sind teuer: Die Sanierung des Abteigebäudes in München, die 2016 beginnt, kostet 12,8 Millionen Euro. Viele Hunderttausend Euro fließen jährlich in die Obdachlosenhilfe, die Frater Emanuel in der Nähe des Münchner Hauptbahnhofs aufgebaut hat, mit Küche und Duschen, Arztpraxis und Kleiderkammer. In die Betriebe muss investiert werden, damit sie konkurrenzfähig bleiben, und die Mitarbeiter brauchen Gehälter, mit denen im teuren

Landkreis Starnberg Wohnungen zu finanzieren sind. Viele Ansprüche an ein Budget. Und so ist es vielleicht kein Wunder, dass es einen Betriebsrat gibt, der vor Jahren von den Mitarbeitern eingeklagt werden musste. „Konflikte gehören zum Leben, die Heilige Schrift ist voll von ihnen“, sagt Abt Johannes.

Neues Geschäft mit Übernachtungen?

Wer vom Parkplatz aus den steilen Weg hinauf zum Kloster geht, passiert leer stehende Gebäude wie das Josefihaus. Christian Rieger, der Kaufmännische Leiter, vor einem Jahr vom Langenscheidt Verlag zum Kloster gewechselt, will das ändern. Er will aufbauen und gestalten. Zum Beispiel fehlen am Heiligen Berg zusätzliche Zimmer für Pilger und Übernachtungsmöglichkeiten für Gäste. Gäbe es sie, könnte das Geschäft mit Hochzeiten und Firmenveranstaltungen eine andere Dimension erreichen. Doch der 38-Jährige weiß, wo er arbeitet: „Der Mönchskreis ist ein besonderer Gesellschafter.“ Einer, der Entscheidungen im Lichte einer jahrhundertelangen Tradition trifft. „Man muss hier warten können“, sagt Rieger. Es klingt nicht ungeduldig, sondern respektvoll.

Pater Valentin quert die Kirche, knickt vor Madonna und Maus, geht raschen Schritts hinüber zur Alten Apotheke, die als Pfarramt für die Kirchengemeinde genutzt wird. Er trägt heute schwarze Jeans und ein kariertes blau-weißes Hemd. Er erzählt, dass er eine Weiterbildung zum klinischen Seelsorger macht und dass ihn das stärkt nach den anstrengenden Jahren als Cellerar. Er sagt: „Im Kloster ist nicht alles Glanz und Gloria. Es bleibt eine Auseinandersetzung: Wie kann das Leben hier gelingen, mit unseren Betrieben, mit all den Menschen, mit denen wir unterwegs sind? Die Frage ist doch wichtiger als Zahlen.“ ●



CHRISTINE MATTAUCH,
freie Journalistin in München,
übernachtete in einem
Pilgerzimmer, wurde um
5.30 Uhr vom Morgengeläut
geweckt und freute sich,
den Heiligen Berg ohne
Ausflügler erleben zu dürfen.
redaktion@libmag.de

„Ist doch klasse, wenn die Leute Ideen haben.“

Johannes Claudius Eckert, 46, trat 1993 in die Benediktinerabtei St. Bonifaz ein, die auf die Standorte München und Andechs verteilt ist. Zehn Jahre später wählte ihn der Konvent zum Abt.

liberal: Abt Johannes, sind Sie der CEO von Andechs?

Abt Johannes: So würde ich mich nie definieren. Der Heilige Benedikt legt Wert darauf, dass der Abt nicht der Wirtschaftsleiter ist: Er soll sich „nicht zu sehr sorgen um das allzu geringe Klostervermögen“. Meine Aufgabe ist es, die Gemeinschaft geistlich zu führen und ein Scharnier zu bilden zu den Wirtschaftsbetrieben.

Andechs ist die wahrscheinlich stärkste deutsche Klostermarke. Ist Ihr Konvent besonders gut – oder besonders geschäftstüchtig?

Wir haben in den 1970er-Jahren, als andere Klöster ihre Brauereien aufgegeben haben, investiert. Es gab im Konvent die Überzeugung, dass die Brauerei das wirtschaftliche Standbein der Zukunft ist. Ich denke, es war die richtige Entscheidung. Wir sind dankbar für unsere Wirtschaftsbetriebe. Sie dürfen nur nicht so wichtig werden, dass man alles unter einem ökonomischen Gesichtspunkt betrachtet. Wir dürften dann keine Obdachlosenarbeit machen, keine kulturellen Veranstaltungen, und auch im pastoralen Bereich einiges, was Geld kostet.

Der Konvent darf keine Folklore werden?

Genau. Es darf nicht so weit kommen, dass sich der Wirtschaftsbetrieb aus PR-Gründen ein Kloster hält.

Gibt es unter den Mönchen die Angst, dass das kippen könnte?

Angst würde ich nicht sagen. Aber man muss immer wieder darauf schauen. Es ist auch eine Frage der Auswahl der Mitarbeiter, gerade der in leitenden Funktionen. Die brau-

chen ein Gespür dafür, dass es bei uns nicht nur um Absatzzahlen geht.

Die Zahl der weltlichen Mitarbeiter steigt, die der Mönche nimmt ab ...

... momentan. Wir wissen nicht, was in 30 oder 50 Jahren sein wird. Wir waren schon mal weniger, wir waren auch schon mal mehr. Aber wir sind jetzt schon wieder bei einer Ökonomisierung. Die Frage „Wie viele seid ihr noch?“ ist wertend. Dabei geht es im Kloster wirklich nicht um Quantität.

Wie können Sie Nachwuchs werben?

Indem wir authentisch leben. Es muss spürbar sein, dass die Klöster Orte sind, an denen Gott gesucht wird. Im Übrigen braucht die Nachwuchswerbung viel Geduld und gutes Zuhören. Es muss geprüft werden: Geht es um Gottsuche oder um Versorgung? Vielen Menschen müssen wir sagen: Für dich ist das nicht der richtige Platz.

In den vergangenen Monaten wurden in den Betrieben neue Führungspositionen geschaffen. Herrscht Aufbruchsstimmung im Kloster?

Wir haben in den vergangenen Jahren gespürt, dass wir die Aufgaben auf verschiedene Schultern verteilen sollten. Der Heilige Benedikt schreibt: „Wenn die Aufgabenlast groß ist, soll man den Brüdern Helfer geben.“ Und es ist doch klasse, wenn die neuen Leute Ideen haben.

Wie sehen Sie die Zukunft des Unternehmens Andechs?

Ein moderates Wachstum: Welche Märkte kann man noch erschließen? Das muss aber unter bestimmten Gesichtspunkten stattfin-



den. Man erwartet von einem Kloster besondere Produktqualität. Auch Nachhaltigkeit ist ein großes Thema.

Die Öffentlichkeit ist widersprüchlich: Einerseits besteht eine hohe Wertschätzung für die Klosterbetriebe, andererseits wird gegargwöhnt, dass die Mönche Reichtümer scheffeln. Warum veröffentlichen Sie keine Bilanz?

Wir erhalten ja keine öffentlichen Mittel. Daher kann ich das Kloster betrachten wie eine Familie. Wenn wir beschließen, ein Haus für die Obdachlosenhilfe zu bauen, ist das erst mal unsere Entscheidung. Das ist wie bei anderen privaten Unternehmen auch.

Viele private Unternehmen veröffentlichen zumindest Umsatzzahlen, um Spekulationen entgegenzuwirken.

Die Fantasie von der „reichen Kirche“ würde trotzdem da sein. Wir begegnen ständig der Überzeugung, dass wir Kirchensteuer erhalten, obwohl wir bei jeder Gelegenheit klarstellen, dass es nicht so ist. So viel zur Wirkung von Transparenz.

„EUCKEN IST MODERN“

Lars Feld, streitbarer Leiter des Walter Eucken Instituts, über den Mindestlohn, Kritik der Kanzlerin und den Einfluss der Liberalen in den USA.

// INTERVIEW // CHRISTINE MATTAUCH

liberal: Herr Prof. Feld, angenommen, die griechische Regierung holt Sie als Wirtschaftsberater – was empfehlen Sie?

Lars Feld: Die würde mich nicht ansprechen (schmunzelt). Wenn doch, würde ich darauf drängen, den Haushalt zu konsolidieren und die Verschuldung zurückzuführen. Außerdem sind Strukturreformen notwendig, damit das Wachstum anspringt. Griechenland muss privatisieren und seine Produktmärkte liberalisieren.

Klingt nach Rosskur.

Was davon ist ordoliberal?

Das Credo der Ordoliberalen war immer der Wettbewerb. Ordoliberal ist zudem das Pochen auf Regeln: freie Preisbildung, Akzeptanz von Privateigentum und Vertragsfreiheit, die Vorstellung, dass Haftung und Kontrolle zusammengehören. Das ist heute so aktuell wie damals.

Sitzen Sie hier eigentlich im

Arbeitszimmer von Walter Eucken?

Nein, sein Arbeitszimmer war nebenan. Es ist heute unsere Bibliothek.

War es Ihr Ziel, das Walter Eucken Institut zu leiten?

Ich bin nicht so ein Schröder, der an Gitterstäben rüttelt und ruft: Ich will da rein. Es hat sich so ergeben, weil meine Forschungen gut hierhin gepasst haben. Ich bin in Saarbrücken ausgebildet worden, wo die Wirtschaftswissenschaften ordnungstheoretisch ausgerichtet waren, durch große Ökonomen wie Herbert Giersch. Er war Gründungsmit-

glied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und hat dessen ordnungspolitische Ausrichtung maßgeblich geprägt.

Sie gehören zu den fünf Wirtschaftsweisen. Ging das Votum gegen den Mindestlohn, für das der Rat Schelte von der Kanzlerin bezog, auf Sie zurück?

Nein, wir waren uns, bis auf Peter Bofinger, einig. Wir halten den Mindestlohn für falsch. Weil unseres Erachtens so die Beschäftigung Geringqualifizierter in Gefahr gerät. Wenn die Konjunktur gut läuft, fällt das nur nicht so auf. Dies dürfte sich aber jetzt durch die Flüchtlingskrise ändern. Übrigens gab es seitens der SPD viel mehr Schelte als von der Kanzlerin.

SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi wollte den Sachverständigenrat sogar abschaffen. Prallt das an Ihnen ab?

Das Gesetz gewährt uns Unabhängigkeit, und wir lassen uns insofern nicht beirren. Unfaire Bemerkungen wie die von Frau Fahimi, unser Votum sei unwissenschaftlich, ärgern einen aber schon.

Personen verschiedenster politischer Provenienz berufen sich auf Eucken – bis hin zur Linken Sahra Wagenknecht. Wem gehört Eucken?

Niemandem. Er steht für sich. Politiker wie Wagenknecht vertreten Positionen, die in der Zeit, in der Eucken Ähnliches aufgeschrieben hat, eine ganz andere Rolle gespielt haben. Die Forderung, Kartelle aus

dem Dritten Reich zu zerschlagen, war damals richtig. Daraus aber abzuleiten, dass wir heute internationale Konzerne liquidieren sollen, halte ich für reichlich verwegen.

Für Eucken war auch ein staatlicher Eingriff ins Lohngefüge vorstellbar ...

... dabei hatte er aber Verhältnisse wie auf dem Arbeitsmarkt des 19. Jahrhunderts vor Augen. Dass man damit etwa den heutigen Mindestlohn begründen könnte, halte ich für abwegig. Man muss schon sehen, dass einige der Positionen, die Eucken aufgeschrieben hat, zeitgebunden sind, während das für seine Grundprinzipien nicht gilt. Euckens Ordnungsökonomik ist modern!

Wie kommt es dann, dass die ordoliberalen Schule in der Öffentlichkeit wenig wahrgenommen wird?

Ich widerspreche entschieden! Die Wahrnehmung des Walter Eucken Instituts hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Wir lagen 2015 im FAZ-Ranking zwei Plätze vor dem RWI Essen und vier vor dem Kieler Institut für Weltwirtschaft, die beide zehnmal so viele Mitarbeiter und ein viel höheres Budget haben.

In VWL-Studiengängen kommt Eucken heute oft nur am Rande vor, dafür geht es umso mehr um den Keynes-Gegenspieler Friedrich von Hayek ...

... ja, das war auch das Schicksal des Instituts. Als es gegründet wurde, war die Idee, dass hier das wissenschaftliche Erbe Euckens betreut wird. Das funktionierte, solange

Eucken-Schüler Friedrich Lutz einer der Direktoren war. Aber dann wurde Hayek Institutsdirektor, und alles hat sich auf ihn ausgerichtet. Das wurde umso stärker, nachdem er den Nobelpreis bekam.

Euckens Nachlass blieb wegen Unstimmigkeiten mit der Familie lange verschlossen.

Wir haben heute ein sehr gutes Verhältnis zur Familie. Der Nachlass wird in den kommenden Jahren wissenschaftlich ausgewertet werden, von einer Forschergruppe, der auch das Walter Eucken Institut angehört. Das wird ein großes Interesse hervorrufen. Man muss sehen, dass die soziale Marktwirt-

„EIN ÖKONOM, DER NUR ÖKONOMIE MACHT, IST KEIN GUTER ÖKONOM.“

schaft als Wirtschaftsverfassung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht zuletzt deswegen eine so große Akzeptanz hatte, weil Walter Eucken im Widerstand gegen die Nazis eine wichtige Rolle spielte. Es wird uns möglich sein, diese Zeit nachzuzeichnen.

Wie groß ist der Nachlass?

Wir rechnen damit, 15 Bände zu veröffentlichen. Besonders interessant sind seine Tagebücher und Briefwechsel, in denen er die politische Situation reflektiert. Er war von Anfang an ein Kritiker des Nationalsozialismus und hat von der NSDAP überhaupt nichts gehalten. In den 1930er-Jahren war er an der Universität Freiburg der wichtigste Gegenspieler von Martin Heidegger, der eine nationalsozialistische Hochschulpolitik vertrat. Im Rahmen seiner Möglichkeiten hat er jüdischen Freunden und Bekannten geholfen. Schließlich hatte er Glück, dass er nach dem 20. Juli 1944 nicht ins Gefängnis kam.

In den USA haben Liberale einen weitaus größeren Einfluss. Wie stehen Sie dazu?

Mir sind viele Amerikaner zu libertär. Mit den Positionen eines

Ludwig von Mises kann ich wissenschaftlich wenig anfangen. Ich halte die Kritik am amerikanischen Sozialstaat, der nicht annähernd die Tiefe hat wie derjenige in den europäischen Wohlfahrtsstaaten, für überzogen. Man muss anerkennen, dass es hier und da Marktversagen gibt und Korrekturen der Verteilung notwendig sind. Eine soziale Mindestsicherung im Sinne einer Versicherung halte ich für sinnvoll.

Ist marktwirtschaftliches Denken in den USA womöglich deshalb so populär, weil man eben gerade nicht so streng ordnungspolitisch ist? In der Finanzkrise wurde mal eben GM verstaatlicht.

Die angelsächsischen Länder sind pragmatisch, kehren aber immer schnell zu ihrer freiheitlichen Orientierung zurück. Wenn in Kontinentaleuropa einmal gewisse Entscheidungen gefällt sind, gibt es ein starkes Beharrungsvermögen.

Wie pragmatisch sind Sie selbst, wo Sie doch so viel Wert auf Regeln legen?

In Krisen das wirtschaftlich Notwendige tun: Das würde ich genauso machen wie die Amerikaner. Ich bin kein großer Freund von Konjunkturprogrammen, habe aber 2008 eine expansive Fiskalpolitik unterstützt, um eine schwere Wirtschaftskrise abzuwenden. Es war genau die Ausnahmesituation, für die Keynes sein Instrumentarium entwickelt hat. Ich habe damals allerdings zugleich die Schuldenbremse befürwortet, die dazu zwingt, zur soliden Finanzpolitik zurückzukehren.

Die SZ zitiert Sie wie folgt: „Ökonomen müssen nach rechts und nach links

Lars Peter Feld, 49 Jahre, gehört zu den einflussreichsten Ökonomen Deutschlands. Er ist Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg, einer der fünf Wirtschaftsweisen und leitet seit 2010 das ordoliberalen Walter Eucken Institut in Freiburg. Das Institut befindet sich in einer Villa, in der Eucken, einer der Väter der sozialen Marktwirtschaft, zeitweise lebte und arbeitete. Der ebenso lebhaft wie streitbare Feld hat das ordnungspolitische Erbe des großen Volkswirts in den vergangenen Jahren wieder bekannter gemacht.

blicken, die Spielregeln der Politik beachten, die Psychologie des Menschen, sogar Physik und Biologie.“

Ich teile in dieser Hinsicht die Position von Hayek: Ein Ökonom, der nur Ökonomie macht, ist kein guter Ökonom. Auch Eucken, der schon durch sein Elternhaus philosophisch geprägt war, hat die Position vertreten, dass alle Wissenschaftler gesellschaftspolitische Aufgaben haben. Wir werden dazu in seinem Nachlass sicher mehr finden. ●



Foto: ullstein bild - Boness/IPON



Ist die Sonne jetzt rechts?

// TEXT // MICHAEL MIERSCH // ILLUSTRATIONEN // BERND ZELLER

Wer den Klimawandel fürchtet und die Energiewende prima findet, hat oftmals ein ambivalentes Verhältnis zur Sonne. Einerseits findet man Solarenergie prima. Franz Alts Slogan „Die Sonne schickt keine Rechnung“ klingt noch im Ohr (auch wenn viele Menschen angesichts ihrer durch Solarförderung verteuerten Stromrechnungen Alts Weisheit anzweifeln).

Andererseits erklären engagierte Klimawarner die Sonne zum schwächlichen Funzelstern, wenn es um die Frage geht, ob sie möglicherweise die Erde klimatisch beeinflusst. Der grüne Katechismus verlangt, dass Kohlendioxid einzig entscheidender Faktor zu sein hat.

Früher mal war die Sonne links. Wenn Unrecht und Unterdrückung abgeschafft sind, dann „scheint die Sonn' ohn' Unterlass“, versprach die „Internationale“. „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, sangen Gewerkschafter und SPD-Genossen. Und als die Arbeiterbewegung so stark wurde, dass auch einfache Werktätige einen ordentlichen Lohn bekamen, was taten diese als Erstes? Sie reisten über die Alpen zur Sonne, ins warme Italien. Und manche gläubigen Kommunisten betrachteten es als ein Omen, dass die Sonne stets im Osten und rot aufgeht.

Und heute? Seitdem grün und links als das Gleiche gelten, muss ein ordentlicher Linker es zutiefst anzweifeln, dass die Sonne ein kraftvolles Gestirn ist. Wer dagegen der Sonnenaktivität klimatische Relevanz zuspricht, wird sogleich als Reaktionär denunziert. Denn das behaupten nur Klimaforscher, die im Widerspruch zum Weltklimarat IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) und dem

PIK (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) stehen. Zwei Institutionen, die – warum auch immer – irgendwie als fortschrittlich gehandelt werden.

Die Debatte um die Klimaerwärmung und was dagegen zu tun sei wurde im Laufe der Jahre immer mehr von den traditionellen politischen Lagern aufgesogen. Zunächst in den Vereinigten Staaten, wo es zur Parteilaisson der Demokraten gehört, an die düsteren Prognosen der Klimawarner zu glauben. Während man ihnen als ordentlicher Republikaner mit einer Extraportion Skepsis begegnet.

Mittlerweile wurde die Debatte auch in Deutschland ins Rechts-links-Schema gepresst. Während die meisten Linken die Klimakatastrophe verkünden, neigen viele Zweifler zum Konservatismus.

Was ist da eigentlich passiert? Wie kommt es, dass eine naturwissenschaftliche Frage, die nichts, aber auch gar nichts mit politischer Gesinnung zu tun hat, die allein durch Empirie geklärt werden kann, fast nur noch nach dem Muster der parlamentarischen Sitzordnung betrachtet wird?

Ein Grund könnte sein, dass den Klimawarnern ein bedeutender kommunikativer Sieg gelungen ist. Sie unterstellen unentwegt, dass jeder, der den Schrecken einer globalen Erwärmung relativiert, von der Kohle- und Ölindustrie gekauft ist. Also von finsternen kapitalistischen Mächten (= rechts!).

Dies hat sich in vielen Köpfen festgesetzt. Sicherlich bezahlen Kohle- und Ölkonzerne Lobbyisten. Doch der einseitige Vorwurf, gekauft zu sein, lässt zwei Dinge außer Acht. Die gleichen Konzerne, die fossile Kraftwerke betreiben, investieren seit Jahren heftig in



Wind- und Solarenergie. Auch dies ist längst ein Milliardenbusiness, und getarnte Propagandisten sind dafür ebenfalls unterwegs. Es gibt also auf beiden Seiten gekaufte Meinungen und Menschen, die aus Überzeugung argumentieren.

Ein zweiter Grund, Skepsis in die rechte Ecke zu stellen, besteht darin, dass grüne Positionen allgemein als links verortet werden. Das ist nicht nur historisch betrachtet Quatsch. Denn als grüne Ideen im 19. Jahrhundert aufkamen, waren sie eng mit dem deutschen Nationalismus verbunden. Die völkische Ideologie war zutiefst grün. Erst der Partei Die Grünen gelang es in den 1980er-Jahren, den grünen Ideen des 20. Jahrhunderts einen progressiven Anstrich zu geben.

Betrachtet man den deutschen Weg zur Klimarettung, die Energiewende, kann man darin schwerlich linke Politikansätze erkennen. Ideologisch erwünschte Technologien werden durch massive Umverteilung von unten nach oben gefördert und am Leben erhalten. Wer zur Miete wohnt, muss die Solardächer der Haus- und Grundbesitzer mitfinanzieren. Sozial ist das nicht. Man erheischt Applaus aus dem Kulturbetrieb, den Kirchen, von gut situierten Beamten und den Managern des Ökoindustrie-Sektors. Die anderen fragen sich, wie sie ihre Stromrechnung bezahlen sollen.

Der Autor Ivo Bozic kritisierte in der linken Wochenzeitung *Jungle World*, dass internationale Klimaschutzpolitik Modernisierung in den Entwicklungsländern zurückwirft und Armut fördert. Den Emissionshandel beschreibt er als erzkapitalistisches Projekt, er „verhindert kaum Emissionen, aber den Banken, die den Handel organisieren, spült er Geld in die Kassen. Im Internet stößt man auf unzählige Seiten mit Ratschlägen für Banker, Broker und Anleger, wie

mit dem Klimawandel, oder sollte man besser sagen: mit der Klimaangst, Geld zu verdienen ist.“ Nicht zu vergessen die großen Rückversicherer, die mit dieser Angst die Preise ihrer Policen in die Höhe treiben.

Allerdings steht Bozic mit seiner Sicht ziemlich allein auf linker Flur. Die meisten Grünen und grünen Sozialdemokraten sind fest davon überzeugt, dass finstere kapitalistische Interessen nur im Kohle- und Öl-Lager existieren. Die Wind- und Solarindustrie sei dagegen allein dem öffentlichen Wohl und der Klimarettung verpflichtet. Marx hätte sich kaputtgelacht über solche Naivität. Sogenannte Menschheitsfragen betrachtete er stets mit Skepsis. Weil er den Verdacht hegte, dass sie nur dazu dienen, vom Klassenkampf abzulenken.

Und wer warnte als Erster vor einer durch Menschen verursachten Klimaerwärmung? Es war der Österreicher Günther Schwab in seinem 1959 erschienenen Roman „Der Tanz mit dem Teufel“. Ein paar Jahre zuvor war Schwab als SA-Sturmführer unterwegs. Im späteren Leben galt er dann als grüner Visionär. ●

MICHAEL MIERSCH ist Geschäftsführer Naturbildung bei der Deutschen Wildtier Stiftung. Davor arbeitete er als Journalist für große deutsche Zeitschriften, zuletzt als Ressortleiter beim *Focus*. Seine Bücher und Dokumentarfilme erhielten zahlreiche Preise. Neuestes Buch: „Alles grün und gut? Eine Bilanz des ökologischen Denkens“. Website: www.miersch.media miersch@libmag.de

BERND ZELLER arbeitet als Cartoonist, Autor, Satiriker und Maler vorzugsweise in Jena. Während des Jura-Studiums hat er sich mit der rechtsstaatlichen Verfassung und der Aufklärung angefreundet. zeller@libmag.de



Fotos: Philippe Braut/VU/laif; Glowimages

Grausam: Die Kinderlähmung ist mittlerweile nur noch in wenigen Ländern ein Problem. In den USA kam die Krankheit ab den 1940er-Jahren wie eine Seuche über das Land.



Forschen ist süß, aufgeben ist grausam

Vor 60 Jahren entwickelte der US-Forscher Jonas Salk einen Impfstoff gegen die Kinderlähmung. Sein langer Weg zum Erfolg ist ein Beispiel für liberale Tugenden: Mut zum Risiko, bürgerliches Engagement und Forschergeist im Sinne der Allgemeinheit.

// TEXT // ANDREAS SPIEGELHAUER

Die Studenten, die im Sommer 1950 für den noch nahezu unbekanntem Virologen Dr. Jonas Salk einen Ferienjob im Municipal Hospital der US-Stadt Pittsburgh übernommen hatten, mussten vor allem schnell zu Fuß sein. Ihr Auftrag: Bettpfannen mit Exkrementen von Polio-Patienten der Klinik in weniger als zwei Minuten über zwei Treppenhäuser in Salks Forschungslabor im Keller des Gebäudes transportieren. Es müssen skurrile Szenen gewesen sein, wie diese jungen Leute im Sprint die mit sterilen Tüchern abgedeckten Behälter durchs Haus trugen. Doch die Studenten verhalfen dem Polio-Pionier Salk zum Durchbruch und retteten Millionen Menschenleben. Es gelang ihm, aus einer der Stuhlproben das tückische Polio-Virus zu isolieren. Der Rest ist Medizingeschichte: Polio, besser bekannt

als Kinderlähmung, ist fast von der Erde verbannt. Und 60 Jahre nach dem Durchbruch durch Salks Forschungen und der Entwicklung eines Impfstoffs gilt der Kampf der Amerikaner gegen die hochansteckende Krankheit als Paradebeispiel für bürgerliches Engagement, Forschergeist im Sinne der Allgemeinheit und Crowdfunding der ersten Stunde.

Am Anfang stand allerdings die nackte Angst. Die griff in den 1940er-Jahren in den USA um sich – jeden Sommer. Vor allem betroffen waren Kinder. Einige wenige, die sich mit Polio ansteckten, kamen mit vergleichsweise harmlosen Grippe-symptomen ohne Spätfolgen davon. Doch die überwiegende Zahl starb oder erlitt schwerste Spätschäden: Der deutsche Begriff Kinderlähmung beschreibt die brutale Realität, die sich damals in den USA Bahn brach. Kinder, die »



Kampf gegen das Leid:

In der „Eisernen Lunge“ (rechts) wurden an Polio erkrankte Kinder behandelt, damit sie nicht ersticken – eine Tortur. Der US-Forscher Dr. Jonas Salk (links, 1914–1995) war beseelt von dem Gedanken, einen Impfstoff gegen die hochansteckende Krankheit zu entwickeln. Nach Jahren der Forschung war Salk im April 1955 am Ziel.

Beinschienen tragen, die an Krücken gehen, verzweifelte Eltern und Geschwister – schreckliche Bilder. Niemand wusste, woher das Virus kam. Manche amerikanische Stadt war extrem betroffen, andere gar nicht – unerklärlich. In ihrer Rat- und Hilflosigkeit schlossen die Amerikaner in den Sommermonaten reihenweise Schwimmbäder, Kinos, Theater, Kindergärten und Schulen.

Dann kam Salk. Der ehrgeizige Arzt beschloss schon Ende der 1940er-Jahre, sich der Forschung zu widmen. Sein kleines Labor hatte er im eher verschlafenen Pittsburgh. Mit offenen Armen wurde der im Januar 1914 geborene New Yorker nicht gerade empfangen. Im Gegenteil: Sein großer Konkurrent Dr. Albert Sabin forschte selbst nach einem Impfstoff und formulierte offen, dass er Salks Ansatz schlicht für falsch hielt. Sabin – Jahrgang 1906 – war älter, erfahrener, längst etabliert und gehörte zum Kreis der anerkannten amerikanischen Virologen. Salk war der Newcomer, dem auch noch der Ruf vorausseilte, gewisse Eitelkeiten zu pflegen.

Die Verbindung zu einem äußerst prominenten Polio-Patienten half Salk: Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt hatte sich als Erwachsener in den 1920er-Jahren infiziert und blieb bis zu seinem Tod (1945) auf den Rollstuhl angewiesen.

Auf Roosevelts Initiative hin wurde Ende der 1930er-Jahre die Stiftung March of Dimes gegründet. Der Name erinnert bis heute an eine Welle der Spen-

denbereitschaft, wie sie die Welt noch nicht erlebt hatte. Nahezu jede Bevölkerungsgruppe beteiligte sich. Für die gute Sache musste jeder nur einen Dime geben – ein 10-Cent-Stück. Eltern beteiligten sich ebenso wie Kinder, die die Summe bereitwillig von ihrem Taschengeld abzwackten. Kein Wunder: Polio war allgegenwärtig, kam wie eine Heuschreckenplage über das Land. Der Kampf gegen das Virus wird in der Rückschau von den Amerikanern wie ein Krieg beschrieben. Und wirklich – nahezu jede Familie hatte Polio-Opfer zu beklagen.

Der March of Dimes bringt schnelle Erfolge

Die landesweit angelegte Spendenaktion funktionierte: Es kamen mehrere Millionen Dollar zusammen, die Salk dank seiner Verbindung zu Basil O'Connor, einem Vertrauten Roosevelts, halfen, seine Forschungen voranzutreiben.

O'Connor hielt große Stücke auf den unbekanntem Salk, aber er wollte auch schnelle Erfolge. Fünf oder gar zehn Jahre warten, bis endlich ein Impfstoff entwickelt ist? Das kam für ihn nicht infrage. Und der Forscher Salk lieferte Ergebnisse: 1951 machte er mit dem ersten Prototyp eines Impfstoffs Tests mit freiwilligen Probanden. Es handelte sich um 43 Kinder – allesamt Polio-Patienten. Viele der Kinder glaubten zunächst, durch die Impfspritze wieder laufen zu können. Diese Hoffnung mussten die Ärzte zerstören: „Aber vielleicht verhindert es, dass das Gleiche deinen Geschwistern

geschieht“, hieß es. Alle Eltern waren bereit, an der Aktion teilzunehmen. Weggefährten erinnern sich, dass Salk in dieser Zeit wenig schlief. Jede Nacht schaute er nach „seinen“ Probanden. Er selbst testete den Impfstoff an sich, seiner Frau und seinen Kindern. Wochen später war klar: Der erprobte Impfstoff erwies sich als wirksam. Der Durchbruch war das allerdings noch immer nicht.

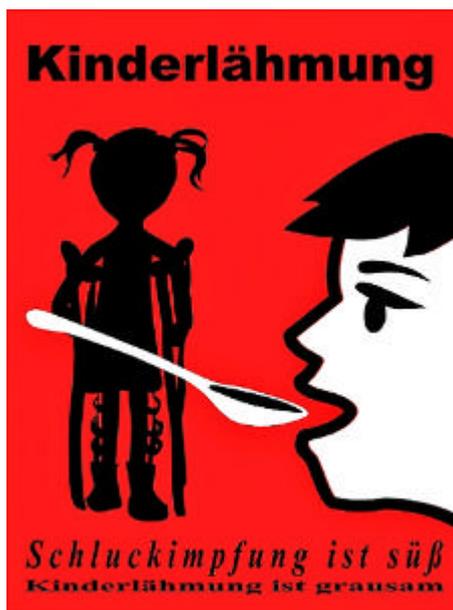
Im Februar 1954 ging Salk, angetrieben vom March of Dimes, den nächsten Schritt: 7400 gesunde Kinder in Pittsburgh sollten geimpft werden. Jede Menge Freiwillige meldeten sich. Ärzte, Krankenschwestern und Fahrer in der Stadt halfen dabei, die Aktion technisch und logistisch umzusetzen – ehrenamtlich. Es gibt Filmaufnahmen aus dieser Zeit, auf der die Erleichterung in den Augen der Kinder zu sehen ist, die Impfung mit einer furchterregend dicken Spritze hinter sich zu haben. Und doch gab es keine Garantien. Der Druck auf Salk war enorm. Selten war ein Forscher den Men-

schen, für die er forschte, so nah wie er, selten ein Projekt so im Rampenlicht der Öffentlichkeit. In der Etage über seinem Labor waren Polio-Patienten untergebracht, die wegen Lähmungserscheinungen nicht mehr ohne Hilfe atmen konnten. Diese Kinder wurden in „Eisernen Lungen“ behandelt – einer Metallröhre, aus der nur der Kopf herausragte. Die Dokumentaraufnahmen von verängstigten, schmerzgeplagten und doch oft auch hoffnungsfrohen Kindern, die diese tagelange Tortur über sich ergehen ließen, sprechen für sich.

Feldstudie mit 1,8 Millionen Kindern

Salk war sich seiner Sache sicher. Im April 1954 der nächste Versuch mit seinem Impfstoff, diesmal in 44 US-Staaten, finanziert vom March of Dimes. 1,8 Millionen Kinder nahmen teil. Es dauerte ein Jahr, bis endlich das Ergebnis vorlag. Am 12. April 1955 läuteten überall in den USA die Kirchenglocken: Salks Impfstoff wirkte. Zeitzeugen erinnern sich: „Es war wie das lang ersehnte Kriegsende.“

Und Salk? Der Polio-Pionier kam auf den Titel des *Time Magazine*, erhielt die Freiheitsmedaille und wurde von Präsident Dwight D. Eisenhower persönlich und öffentlich beglückwünscht – im Namen aller 165 Millionen Amerikaner und des Rests der Welt. Er war am Ziel und machte sich unsterblich: Als es um die Frage ging, wem das Patent für den Impfstoff gehöre, sagte er die berühmten Sätze: „Den Menschen, würde ich sagen. Könntest du die Sonne patentieren?“ Salk machte kein Geschäft aus seiner bahnbrechenden Forschung. Sein lebenslanger Kontrahent Albert Sabin übrigens auch nicht. Mit ihrem Wettbewerb um den Impfstoff halfen letztlich beide, das Polio-Virus nahezu auszurotten. ●



FAKTEN

Die Schluckimpfung, wie wir sie in Deutschland kennen, geht zurück auf den Virologen Dr. Albert Sabin (1906–1993). Sechs Jahre nachdem Dr. Jonas Salk den Polio-Impfstoff entwickelt hatte, begann der Siegeszug dieser Impfmethode. In Deutschland gab es den Impfstoff als Tropfen auf einem Zuckerwürfel. Der Slogan: „Schluckimpfung ist süß. Kinderlähmung ist grausam“ prägte die 1960-er und 70er-Jahre. Heute engagiert sich unter anderem Bill und Melanie Gates mit ihrer Stiftung im Kampf gegen die Kinderlähmung. Europa gilt seit 2002 als Polio-frei. In Afghanistan, Pakistan und Nigeria ist die Krankheit weiter ein Problem. Experten rechnen damit, dass Polio in zehn Jahren komplett besiegt ist – wenn die Impfbereitschaft anhält.



ANDREAS SPIEGELHAUER besuchte in den 1970er-Jahren die Grundschule und erinnert sich noch gut an die allgegenwärtige Impfkampagne gegen Kinderlähmung: „Das hat funktioniert. Den Slogan konnten wir auswendig.“
redaktion@libmag.de

Schmuggler der Freiheit

Mit USB-Sticks, auf denen US-Serien wie „Desperate Housewives“ und „Friends“ gespeichert sind, versucht der gebürtige Nordkoreaner Kang Chol-Hwan seinem Land den westlichen Liberalismus näherzubringen – ein lebensgefährliches Unternehmen. // TEXT // **JAN-PHILIPP HEIN**

Was wohl passierte, wenn Kang Chol-Hwan seine USB-Sticks mit „House of Cards“-Staffeln füllen würde? Nordkoreaner sähen dann, dass ein US-Politiker keine Wahlen gewinnen, sondern Intrigen schmieden müsste, um Anführer des Westens zu werden. Dass sogar ein, zwei Morde den Weg ins Oval Office nicht versperren würden. Das würde wohl ganz gut zur Propaganda ihres Regimes passen, die den USA alle, wirklich alle abgrundtiefen Bösartigkeiten unterstellt.

Doch auf Kangs USB-Sticks befinden sich leichte Serienstoffe wie „21 Jump Street“, „Friends“ oder „Desperate Housewives“. Dem US-Magazin *Wired* (wem sonst?) sagte Kang: „Wenn Nordkoreaner das schauen, sehen sie, dass Amerikaner keine kriegsverliebten Imperialisten sind.“ Sie merkten so, dass die USA nicht der Feind seien.

Mit den Sticks will der Exil-Nordkoreaner eine Revolution in seinem Heimatland auslösen. Sein North Korea Strategy Center (NKSC) hat an der chinesisch-nordkoreanischen Grenze eine Schmuggellogistik aufgebaut. Als Schmierstoff dienen Geld, Zigaretten und Alkohol. Jährlich sickern so rund 3.000 USB-Sticks in den Steinzeitstaat ein. Darauf befinden sich nicht nur Serien, sondern auch E-Books und Musik. Im Moment versucht Kang mit der amerikanischen Tech-Community einen Weg zu finden, eine Wikipedia-Version im nordkoreanischen

Dialekt auf die Speichermedien zu bekommen. „Was ich mache“, da ist Kang sicher, „fürchtet Kim Jong-Un am meisten.“ Mit jedem USB-Stick, den er über die Grenze schickt, würden vielleicht 100 Nordkoreaner sich anfangen zu fragen, warum sie leben, wie sie leben, vermutet Kang. Freiheit verbreitet sich wie ein Virus.

Die Profi-Schmuggelagentur beschäftigt in ihrem zehnten Lebensjahr 15 Mitarbeiter. Der Chef will seinen Export bald auf 10.000 Sticks pro Jahr erhöhen. Den unternehmerischen Ehrgeiz seines Feindes hat sich der nordkoreanische Diktatorenclan der Kims selbst gezüchtet. 1977 hat man der Familie des heutigen Mittvierzigers gesagt, sein Großvater sei des Hochverrats überführt. Die gesamte Familie wurde in ein Umerziehungslager gesteckt. Ein ganzes Jahrzehnt verbrachten die Kangs dort. Der junge Zwangsarbeiter musste Leichen von Verhungerten bergen, Erschießungen mitschauen und lernen, sich von Ratten zu ernähren. Nach der Freilassung, die der Familie als Demonstration der Generosität Kim Il-Sungs verkauft wurde, lebte Kang als Bote im Westen des Landes. Nach ein paar Jahren kam er an erste Informationen von außen – ein Freund hatte ihm ein illegales Radio besorgt. Schließlich floh Kang nach Seoul im Süden des geteilten Landes.

Dort begann er zu schreiben. Doch seine Erinnerungen ans Heimatland passten nicht zur politischen Großwetterlage auf der





Kämpferischer

Exilant: Kang Chol-Hwan will Nordkorea die Freiheit bringen und Vorurteile gegen die USA abbauen.



Diktator: Seit Ende des Jahres 2011 führt Kim Jong-Un das durch und durch restriktive Nordkorea.

koreanischen Halbinsel, wo der Präsident des Südens, Kim Dae-Jung, Versuche unternahm, wieder diplomatische Kontakte zum Norden aufzunehmen. Kangs grauenhafte Erinnerungen störten da nur. Deshalb begann der junge Mann 2005 damit, den Nordkoreanern von der ganzen Welt zu erzählen und nicht mehr allein der ganzen Welt von Nordkorea. Ein christlicher Sender spendete Kangs NKSC damals 5.000 tragbare Radios. Die Geräte schmuggelte Kang über abtrünnige Nordkoreaner via China ins Land seiner ehemaligen Peiniger.

Ungefährlich ist das für Kang natürlich auch heute noch nicht. Die südkoreanische Regierung lässt den Unterhaltungslieferanten mittlerweile rund um die Uhr bewachen, seit er auf einer nordkoreanischen Todesliste in den Top Ten auftauchte. Außerdem weiß Kang, dass seine Verwandten im Norden immer stärker leiden werden, je aktiver und erfolgreicher er vom Süden aus sein wird.

Doch gibt es überhaupt einen einzigen USB-Anschluss in Nordkorea? Nach einer amerikanischen Studie haben fast drei Viertel der 24 Millionen Insassen der Diktatur Zugang zu einem Fernseher, knapp die Hälfte auch zu einem DVD-Player. Außerdem gibt es rund dreieinhalb Millionen Computer und fünf Millionen Tablets im Land. Die begehrteste Hardware ist jedoch ein kleiner tragbarer Video-Player mit SD-Card-Slot und USB-Anschluss. Die „Kiste“ ist sogar vom

Regime genehmigt, das seine eigene Propaganda auf dem Kasten verbreiten möchte.

Gegen den westlichen Serienstoff geht die Regierung Kim Jong-Uns mit drakonischen Maßnahmen vor. 2013 wurden 80 Leute an einem Tag hingerichtet. Sie waren des illegalen Medienkonsums angeklagt. An die Ware kommen die Nordkoreaner, wenn sie auf einschlägig bekannten Schwarzmärkten im Vorbeigehen nach etwas aus „dem Dorf da unten“ fragen, womit Südkorea gemeint ist. Der Deal läuft wie ein Drogengeschäft in deutschen Großstädten: Käufer und Verkäufer treffen sich später an einem geheimen Ort.

Nordkoreaner, denen die Flucht glückte, berichten, wie sie die Westserien sahen. Spielten sich Szenen in Supermärkten ab, froren sie die Bilder ein, um die Waren im Regal zu studieren.

Kangs Hoffnung ist, dass er mit seinen Sticks auch den Mittelbau des nordkoreanischen Regimes erwischt, vielleicht sogar Teile der Elite. In weniger als zehn Jahren, so viel Optimismus genehmigt er sich, werde die Diktatur fallen und werde er frei ein- und ausreisen können. ●



JAN-PHILIPP HEIN war zwar noch nie in Nordkorea, ist aber als Bremer mit alles dominierenden Parteien vertraut: Seit Kriegsende regiert dort die SPD ununterbrochen. redaktion@libmag.de

Fotos: Joe Pugliese/AUGUST; ChinaFotoPress via Getty Images

In dem Filmporträt „Mülheim Texas“ (2015) von Andrea Roggon wird Helge Schneider von der Filmemacherin gefragt, was ihm persönlich Freiheit bedeute. Schneider antwortet blitzschnell: „Freiheit wird einem nicht gegeben, Freiheit muss man sich nehmen!“ Steht auf, verlässt den Raum und überlässt die konsternierte Regisseurin sich selbst. Eine Kapriole, ein sicherer Lacher, klar, der aber vielleicht doch etwas Wahres über die Freiheit formuliert. Was sagt die Filmgeschichte dazu? Hier sechs Empfehlungen. // TEXT // **ULRICH KRIEST**

SECHS FILME ÜBER



1933: Der Lubitsch-Touch

Gilda, eine attraktive, scharfzüngige und erfolgreiche Werbegrafikerin, trifft den erfolglosen Bühnenautor Tom und dessen Freund, den erfolglosen Maler George. Beide verlieben sich in Gilda. Damit die Freundschaft keinen Schaden nimmt, einigt man sich auf ein Gentlemen's Agreement: kein Sex! Leider ist Gilda kein Gentleman. Der Berliner Ernst Lubitsch war 1922 in die USA gegangen und perfektionierte dort die „sophisticated comedy“. 1933 gelang ihm mit „Serenade zu dritt“ ein Meisterwerk der elegant-frivolen Screwball-Komödie. Erstklassige Darsteller, erstklassiges Drehbuch mit pointiert-funkelnden Dialogen und ein erstklassiges Timing. Das Amoralische verbirgt sich in den Leerstellen des Films und braucht den neugierig-sympathisierenden Zuschauer. Ein US-Kritiker beschreibt den „Lubitsch-Touch“ so: „Man weiß genau, was er sagt. Aber man kann nicht beweisen, dass er es sagt.“

Ernst Lubitsch: Serenade zu dritt.
90 Minuten, englische und deutsche Tonspur, UFA, circa 10 Euro.



1942: Uns bleibt immer Paris!

Zwei Männer im Nebel. Einer von ihnen hat gerade einen hochrangigen Nazi erschossen, der andere müsste ihn jetzt verhaften – er ist der Polizeichef. Doch nichts dergleichen geschieht: „Ich glaube, das ist der Beginn einer wunderbaren Freundschaft!“ Es ist Krieg, Casablanca ist der letzte Stopp auf dem Weg in die Freiheit. Ein Haifischbecken voller verzweifelter Emigranten, Spitzel und Halsabschneider. Ein Menschenleben ist weniger wert als ein Transitvisum. Der Krieg wird (noch) symbolisch geführt: In Rick's Café singen deutsche Soldaten „Die Wacht am Rhein“, das empörte Publikum singt sie mit der „Marseillaise“ nieder. „Casablanca“ ist Hollywood-Kino mit Abenteuer, Liebe, Exotik und Antifaschismus. Eine Frau zwischen zwei Männern. Der eine ist ein Zyniker, der sich gegen die Liebe seines Lebens entscheidet und aus Liebe beginnt, sich wieder in die Politik einzumischen. Hierzulande war der Film erst 1975 vollständig zu sehen, zuvor kursierte nur eine entpolitisierte Fassung. Kettenraucher Humphrey Bogart wurde dennoch zur Popikone.

Michael Curtiz: Casablanca.
99 Minuten, Warner Home Video, circa 7 Euro.



1969: „Wasn't Born to Follow“

Eigentlich ein großes Missverständnis: „Easy Rider“ erzählt die Geschichte zweier Drogendealer, die quer durch die USA zum Mardi Gras nach New Orleans fahren. Der Film scheint eine einzige Feier der Gegenkultur zu sein: ein erlesener Rock-Soundtrack, kombiniert mit erhabenen Western-Landschaften – Nacktbade-Besuche bei Hippie-Kommunen inklusive. Doch in die Aufbruchsstimmung mischen sich viele dunkle Töne: Lassen sich die Glücksansprüche des Einzelnen mit der kollektiven Utopie vermitteln? Und wie sieht es überhaupt aus mit der Freiheit in Amerika? Am Ende heißt es: „Wir haben es vermasselt!“ Und weil die beiden Biker für Provinz-Rednecks die gefürchtete Freiheit repräsentieren, enden die Provokation und der Film ziemlich abrupt auf irgendeiner Landstraße in Louisiana. „Easy Rider“ wurde trotzdem zu einem Kultfilm. Die Musik mag geholfen haben, das Desillusionierende zu verdrängen. Jack Nicholson wurde jedenfalls ein Star – und die Bilder von „Easy Rider“ wanderten problemlos in die Zigarettenwerbung.

Dennis Hopper: Easy Rider.
91 Minuten, Sony Pictures Home Entertainment, circa 5 Euro.

DIE FREIHEIT



1974: Den Zufall feiern!

In seinen Memoiren zitiert Luis Buñuel etwas skeptisch die Einschätzung des Surrealisten-Kollegen André Breton, dass subversive Skandale mittlerweile unmöglich geworden seien. Mit seinem vorletzten Film „Das Gespenst der Freiheit“ hat er Breton dann eindrucksvoll widerlegt. Eine Folge loser, aber kunstvoll verknüpfter Episoden provoziert mit der Umwertung aller Werte und bricht lustvoll mit nahezu allen Erzählkonventionen. Die Spanne der Ein- und Zufälle reicht von hedonistischen Mönchen in Provinz-Absteigen über Wachträume mit Hühnern bis hin zum Massenmord in Paris, wo der gerade zum Tode verurteilte Killer unter großem Beifall den Gerichtssaal verlassen darf. Trifft man sich in Gesellschaft, setzt man sich zum Plaudern auf die Toilette, während man sich zum Essen ins Separee zurückzieht. Gleich zu Beginn werden Regisseur und Produzent des Films hingerichtet. Ihre letzten Worte: „Nieder mit der Freiheit!“ Dieser Film blickt mit den Augen eines Straußenvogels auf die Welt und zeigt mit bösem Witz, warum die Freiheit dem Bürgertum zum Phantom werden musste. Ein Triumph der surrealistischen Traumlogik!

Luis Buñuel: Das Gespenst der Freiheit. Studiocanal, 99 Minuten, circa 12 Euro.



1976: Kleine Fluchten

Von seinem Vater, einem frustrierten Säuer, wird der 14 Jahre alte Uwe regelmäßig verdroschen. In seiner Clique gibt er dafür den großspurigen Macker, der weiß, wie man Automaten knackt, Autos klaut oder einen gleichaltrigen „Kanaken“ trietzt. Der heißt Dschingis, lebt mit seiner Mutter in Hamburg-Wilhelmsburg und kann Karate. Auf Umwegen freunden sich Uwe und Dschingis an und beschließen, gemeinsam abzuhaufen. Nicht über die Autobahn, wo man sie sofort aufgreifen würde. Bleibt die Elbe. Zum Glück hat Dschingis ein Floß gebaut. Der Regisseur und Drehbuchautor Hark Bohm hat seinen Abenteuerfilm „Nordsee ist Mordsee“ im Sommer des Jahres 1975 an Originalschauplätzen hauptsächlich mit Laiendarstellern gedreht, weshalb schon der authentische Kiez-Sound der Jugendlichen begeistert. Bohm setzte bei seiner norddeutschen „Huckleberry Finn“-Variante auf Lokal- und Zeitkolorit, verstärkt von frühen Songs des Rockers Udo Lindenberg. Zwar wissen Uwe und Dschingis, dass sie auf Dauer keine Chance haben, aber je länger ihre Reise dauert, desto freundlicher werden sie bei der Rückkehr empfangen werden. Der Film gönnt ihnen am Schluss sogar noch den Blick auf die offene Nordsee. Großzügig!

Hark Bohm: Nordsee ist Mordsee. Zweitausendeins Edition Deutscher Film, 82 Minuten, circa 8 Euro.



2013: Hans im Glück

Bedingungsloses Grundeinkommen und ein altes Foto von der Amalfi-Küste – mehr braucht es nicht für einen Aufbruch! „Man hat mir Geld gegeben, damit ich nicht mehr arbeite. Das Geld habe ich dann genommen und versprochen, dass ich nicht mehr arbeite“, erzählt Hans, den es gen Süden zieht. Grobe Richtung: Der Weg ist das Ziel. Unterwegs begegnet Hans dem windigen Django. Dessen Wahlspruch: „Wenn jeder nur an sich denkt, ist schon an alle gedacht!“ Das Denken an das viele Geld, das Hans bei sich trägt, macht Django allerdings unruhig: „So etwas habe ich noch nicht erlebt – und das ist jetzt als Kompliment gemeint!“ Im schweizerisch-italienischen Grenzgebiet begegnet Hans der geheimnisvollen Fee, die erst so tut, als sei sie Italienerin, und dann so tut, als sei sie Hausbesitzerin. Hans, verliebt, findet seinen Sehnsuchtsort. Es gilt: Wenn man nicht allzu zielstrebig ist, wendet der Zufall alles zum Guten. Der No-Budget-Film beherzigt diese Lektion: „Beschränkte Mittel sind der Kreativität eben immer zuträglich, und so wurde mal wieder vieles besser als geplant.“ Steht so im Presseheft.

Jukka Schmidt & Christian Mrasek: Hans Dampf. 91 Minuten, Good!movies/Indigo, circa 20 Euro.



ULRICH KRIEST ist einer der renommiertesten Filmkritiker und findet, man sollte sich die Freiheit nehmen, auch für einen etwas älteren Film ins Kino zu gehen. redaktion@libmag.de



BELESEN

DIE LIBERAL-REDAKTION EMPFIEHLT

Selbstbestimmung oder Fremdbestimmung?“ heißt der von Ulrike Ackermann, Direktorin des John Stuart Mill Instituts, herausgegebene Sammelband. Im Zentrum der acht Aufsätze steht die Frage, ob Internet, Smartphone und Co. dazu beitragen, unsere persönliche Autonomie zu vergrößern oder ob die fortschreitende Digitalisierung uns genau dieser Autonomie beraubt. Der Leser sollte im Buch keine praktischen Lösungsvorschläge für die Probleme des Datenschutzes, der Datensicherheit und informationellen Selbstbestimmung erwarten. Vielmehr geht es um eine hochgradig theoretisch ausgerichtete Zustandsbeschreibung und den Versuch, die Gegenwart kommunikationswissenschaftlich zu deuten. Die Ergebnisse der Autoren sind in der Regel nachvollziehbar, allerdings auch nicht wirklich neu. So

wird etwa konstatiert, dass in der Online-Kommunikation der Text an die Stelle des Körpers tritt und Menschen in die Lage versetzt werden, unterschiedliche Rollen einzunehmen, dass neue Möglichkeiten der Partizipation in politischen Prozessen entstanden sind, aber auch in der digitalisierten Stadt soziale Gegensätze nicht aufgehoben werden. Der von den Autoren gepflegte Soziologenjargon geht leider an manchen Stellen auf Kosten der Verständlichkeit. Der Band ist daher für den an netzpolitischen Fragen interessierten Laien eher ungeeignet.

Gérard Bökenkamp

ULRIKE ACKERMANN (HRSG.)
Selbstbestimmung oder Fremdbestimmung?

Humanities Online, Frankfurt 2015,
Paperback, 166 Seiten, 19,80 Euro



Matthias Heitmann hat sich auf Zeitgeisterjagd gemacht und getroffen. In seinem gleichnamigen Buch seziert er das politische Denken unserer Tage und entdeckt darin reichlich antiaufklärerisches Gedankengut. Dabei wird von Egoismus bis Emanzipation kein Themenbereich gesellschaftlicher Debatten ausgeblendet. Besonders stößt sich der Autor jedoch, und dies aus liberaler Sicht zu Recht, an der Tendenz, das Private immer mehr zu politisieren. Der heutige Zeitgeist, so Heitmanns Analyse, wende sich nicht gegen gesellschaftliche Missstände, sondern gegen den Menschen an sich. Die Betonung des Individuums gelte

heute geradezu als Antithese des Sozialen. Auf knapp 200 Seiten seziert Heitmann unseren Zeitgeist – zu kurz kommt dabei nur der Blick auf den Zeitgeist anderer Gesellschaften und Epochen. Der hätte das Thema noch besser fundiert und zugleich die tröstliche Botschaft ausstrahlen können, dass jeder Zeitgeist, auch jener, der uns heute quält, bald verfliegt.

Boris Eichler

MATTHIAS HEITMANN
Zeitgeisterjagd: Auf Safari durch das Dickicht des modernen politischen Denkens
TvR, Jena 2015, gebunden,
197 Seiten, 19,90 Euro





„LIBERAL IST
DAS MAGAZIN
FÜR SELBSTDENKER.
ES BEKENNT SICH ZU
FREIHEIT, FAIRNESS
UND FORTSCHRITT.“

WOLFGANG GERHARDT

Herausgeber liberal

liberal ist
auch als iPad-
oder Androidversion
erhältlich und enthält
multimediales
Zusatzmaterial

■ Bildergalerien

■ Audio

■ Links

■ Videos

Jetzt alle zwei Monate neu
kostenfrei abonnieren



liberal
DEBATTEN ZUR FREIHEIT



Die neue Unübersichtlichkeit!

// TEXT // WOLFGANG GERHARDT

Weltweit findet eine Verteilungsdebatte um Ressourcen und Chancen statt. Jedes Land sucht seinen Platz, ökonomisch, kulturell, politisch und gesellschaftlich. Es gibt prosperierende Gemeinwesen, gescheiterte und scheiternde Gemeinwesen, Kriegsökonomien, Diktaturen und Menschenrechtsverletzer. Viele Konflikte kommen aus geschichtlichen Tiefen, deren Trümmer nie ordentlich beiseitegeräumt wurden. Es werden direkt vor unserer Tür ganz alte und neue Landkarten aufgeschlagen, wie wir auf dem Balkan erfahren haben und aktuell in der Rückkehr der russischen Politik zu imperialer Nostalgie erfahren. Verschiedene Akteure mit neuen und alten Programmen treten auf, eine Weltordnung fußt eben nicht allein auf Ideen und Institutionen, sie wird auch von Machtkonstellationen geprägt.

Krisen haben Inkubationszeiten, sie stoßen Warnsignale aus. Sie kommen nicht sauber geordnet nacheinander, wie sich das ordentliche Deutsche immer wünschen und vorstellen.

Vieles kann sich zu einer gefährlichen Chemie entwickeln. Einige Krisen haben schon erhebliche Ausmaße erreicht: Flüchtlingsströme und Umweltzerstörung, die Rückkehr der Muster „Stamm“ und „Religion“ mit ethnischem Binnenzirkus in vielen Ländern. Bedrohungen können nicht mehr allein auf die Absicht und die Kapazitäten von Staaten zurückgeführt werden. Die neuen Bedrohungen zielen eher auf Gesellschaften ab, sie bedrohen den Sozialvertrag, wie die furchtbaren Anschläge in Paris gezeigt haben.

Es haben leider noch nicht alle gelernt, dass es für Krieg und Gewalt keine vernünftige Kosten-Nutzen-Relation mehr gibt. Sicherheitspolitik zählt in Deutschland aber gerade wenig. Es gibt ein bedenkliches Auseinanderklaffen zwischen der außenpolitischen Herausforderung Deutschlands und der innenpolitischen Debatte darüber. In vielen Diskussionen trifft man auf eine Art von Selbstgerechtigkeit und Doppelmoral, die einen fassungslos macht. Die deutsche Gesellschaft nimmt gerne Sicherheit von anderen an, hat aber Probleme, sie selbst

zu spenden. Sie betrachtet Deutschland als Zivilmacht, vergisst aber, dass diplomatische Mittel in kritischen Situationen ohne Wirkung bleiben, sofern sie nicht im Ernstfall auch durch militärische Möglichkeiten gestützt werden. Am liebsten möchte sie sich mit der Bemerkung „man müsste doch etwas tun“ oder „warum geschieht denn nichts“ aus allem heraushalten. Albert Einstein bemerkte dazu, dass die Welt nicht nur von denen bedroht wird, die böse sind, sondern auch von denen, die das Böse zulassen.

Das Flüchtlingsthema beginnt nicht erst an den Grenzen der Europäischen Union oder Deutschlands. Zäune sind immer nur etwas für Kurzdenker. Es beginnt dort, wo Menschen misshandelt und getötet werden oder keine Lebensperspektive mehr für sich sehen und die internationale Staatengemein-

Es haben leider noch nicht alle gelernt, dass es für Krieg und Gewalt keine vernünftige Kosten-Nutzen-Relation mehr gibt.

schaft völkerrechtlich kein Mandat hat, dagegen vorzugehen oder wegen widerstreitender strategischer und machtpolitischer Interessen es auch gar nicht will.

Die Werteorientierung, die dabei immer betont wird, wird in russischer Politik überhaupt nicht gepflegt, und auch der Westen hat sie leider sehr oft dementiert, wie der Historiker Heinrich August Winkler zu Recht bemerkt. Auch in westlichen Gesellschaften ist sie immer größerer, ignoranter Toleranz gegenüber Einstellungen zum Opfer gefallen, die mit dem Anspruch auf die Authentizität kultureller Eigenheiten glauben,

zivilisatorische Errungenschaften missachten zu können. Regelverletzung ist noch die gelinderte Wahrnehmung für manche diesbezüglichen absonderlichen täglichen Vorgänge. Es gibt viele Lippenbekenntnisse zu unserer Werteordnung, aber keine wirkliche, durchgängig argumentative Verteidigung, wenn es unangenehm wird. Alles zu verstehen kann nicht bedeuten, alles zu entschuldigen. Wegsehen ist kein ethnischer Horizont. Das, was freiheitliche Gesellschaften im Kern ausmacht, muss nach den Verbrechen in Paris wieder deutlich werden. Sie dürfen sich nicht beugen vor denen, die glauben, sie hätten die Antwort auf alle Fragen. Die gibt es im Übrigen mitten unter uns. Sie haben Pässe von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Sie kommen nicht erst jetzt, mit den gegenwärtigen Flüchtlingsbewegungen, wie manche aus ganz vordergründigen Wählerbewirtschaftungsgründen behaupten.

Manche Menschen, die vorgeben, das christliche Abendland verteidigen zu wollen, sind bei all dem nicht sehr hilfreich. Fragen Sie im Bekanntenkreis bei solchen Argumentationsmustern einmal nach, was denn das christliche Osterfest, Karfreitag oder Pfingsten bedeuten. Sie werden erstaunt sein, was Sie dann von manchen unserer Mitbürger hören. Liberale sollten sich nicht in Fluchtburgen begeben, auf denen solch Kurzsichtige Wache halten. Halb Orban und halb Grundgesetz, das geht gar nicht.

Freiheit bedeutet, so Ralf Dahrendorf, nicht von der Gnade derer leben zu müssen, die stärker sind, oder, um es in diesen Tagen zu sagen, die Angst verbreiten. Dazu sind wachsame Sicherheitsbehörden ebenso notwendig wie die zivilisatorische Qualität einer Gesellschaft, die in selbstbestimmter Lebensform mit Werteorientierung leben will. ●



DR. WOLFGANG GERHARDT
ist Vorsitzender des Vorstands
der Friedrich-Naumann-
Stiftung für die Freiheit und
Herausgeber von *liberal*.
redaktion@libmag.de



„DIE ÄUSSERE FREIHEIT DES GEISTES IST DER HUMOR, ER IST IMMER SOUVERÄN.“

LUDWIG BÖRNE

Ich denke an Mario Barth. Ich möchte dem Zitat recht geben, ich möchte es mit feinen Pointen und leisem Humor umschmeicheln, ich möchte nichts als charmant sagen: Stimmt, stimmt genau – wer humorvoll agiert, bewahrt sich seine Autonomie, wird zu guten Partys eingeladen und stellt im kantischen Sinne und mit sprachlich-ästhetischem Anspruch die Freiheit mit der Vernunft gleich. Das ist wahrscheinlich Quatsch, liest sich aber so sperrig, dass es keiner merkt.

Ich möchte an Tucholsky denken, und dann denke ich an Mario Barth. Das ist ein blonder Berliner, bekannt aus Funk, Fernsehen und Olympiastadien. Er verdient sehr viel Geld damit, Deutschland mitzuteilen, dass Frauen oft auf die Toilette müssen und Männer gerne in den Baumarkt gehen. Er schreibt Bücher mit Titeln wie „Deutsch – Frau, Frau – Deutsch“. Er verdient viel Geld, weil Menschen das lustig finden. Er verdient viel Geld mit Humor. Es ist schön, wenn dieser Humor ihm Getränke mit Schirmchen und ausverkaufte Stadien ermöglicht. Es ist nicht so schön, wenn dieser Humor die Souveränität eines Geistes ausdrücken soll.

Wahrscheinlich hat Ludwig Börne beim Verfassen dieses Zitats gar nicht an Mario Barth gedacht. Das ist

nicht unwahrscheinlich, denn Mario Barth war zu Börnes Lebenszeit noch tot. Auf Google-Bildern sieht Börne sehr nett aus, etwas sorgenvoll und ein bisschen enttäuscht. Das darf einen nicht wundern, denn erstens war Börne Theaterkritiker, und zweitens schlägt Google vor, doch lieber nach „Birne“ zu suchen.

Ich möchte aber nicht gelbem Fallobst, sondern dem desillusionierten Börne beipflichten. Vielleicht kann man ihm mit einer Einräumung recht geben. Vielleicht ist Humor nur dann Souveränität und Freiheit, wenn man ihn allein hat, wenn er also eine Sichtweise auf das Leben ermöglicht, die sich emanzipiert vom Ego und von Umständen. Wenn Humor Gnade sich selbst gegenüber heißt und nicht zur rhetorischen Waffe wird. Wenn man also milde lächelt, weil man sich einen wirren Text verzeiht. ●

Mehr Freiheitszitate: www.freiheit.org/zitate



Ronja von Rönne, 23, glaubt an Humor als Rettung. Der Humor glaubt nicht an Ronja von Rönne als Rettung. Deswegen tun sich die beiden immer wieder schwer miteinander. Sie schreibt auf sudelheft.de, im Frühjahr erscheint ihr erster Roman „Wir kommen“ im Aufbau Verlag. redaktion@libmag.de

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger

Vorstandsmitglied Friedrich-Naumann-Stiftung

für die Freiheit

Digitale Freiheit

braucht Engagement

Vorratsdatenspeicherung, NSA, breit angelegte Sammlungen privater Daten bei Behörden und Unternehmen – die Freiheit der Bürger in der digitalen Welt wird durch Überwachung und Datenausbeutung stranguliert.

Deshalb hat die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit mit www.freiheit-digital.de eine neue Informationsplattform ins Netz gestellt. Sie weist den Weg zu einem Internet, in dem Privatsphäre, Selbstbestimmung und Datenschutz zählen.



[freiheit-digital.de](http://www.freiheit-digital.de)

Die neue Online-Heimat der Freiheit. www.freiheit.org



Besuchen Sie uns unter
www.freiheit.org

Die neue Website der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit – wir freuen uns auf Ihren Besuch!

- Optimierte für Tablet, Smartphone und Desktop
- Informationen für Stipendiaten
- Übersichtliche Darstellung von Nachrichten, Meinungen und Analysen
- Mit einem Klick zu unseren Veranstaltungen
- Viele Themenseiten, u.a. zu TTIP, Digitaler Freiheit, den Anschlägen in Paris

